

Alex Demirović/
Christina Kaindl (Hrsg.)

Gegen den Neoliberalismus andenken

Linke Wissenspolitik
und sozialistische Perspektiven

Alex Demirović/Christina Kaindl (Hrsg.)
Gegen den Neoliberalismus andenken

Alex Demirović/Christina Kaindl (Hrsg.)

Gegen den Neoliberalismus andenken

Linke Wissenspolitik und
sozialistische Perspektiven

Für Rainer Rilling

VSA: Verlag Hamburg

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
www.rosalux.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2012, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-523-0

Inhalt

Heinz Vietze/Florian Weis Rainer Rilling und die Rosa-Luxemburg-Stiftung – Anstelle einer Einführung	7
Michael Brie Vor-, Nach- und Andersdenken – Zusammen-Denken	10
Georg Fülberth Ein Verband	19
Torsten Bultmann »Organisatorische Hülle einer Notwendigkeit...«	26
Rainer Rilling und der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)	
Ulrich Brand Kritische Intellektualität als komplexes Projekt	37
David Salomon Die Intellektuellen, die Institutionen und die (Ohn)Macht	43
Zu Rainer Rillings Bestimmung des Intellektuellen	
Lothar Peter Für einen Typ der »Intellektuellen von unten«	51
Wolfgang Fritz Haug Don't they do Empire?	65
Für Rainer Rilling, Imperialitätsforscher	
Elmar Altvater Deepwater Fukushima	71
Mario Candeias Hello..., does anybody rule?	82
Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen	
Dieter Klein Entkopplungen – Aktuelle Erinnerungen an eher kuriose Erlebnisse	101

Richard D. Wolff	
Die Geschichte zweier Plünderungen der US-Wirtschaft	109
William K. Tabb	
Amerikaner haben Rainer Rilling lange nicht zugehört, aber nun tun es 99%	114
Barbara L. Epstein	
Was ist mit der amerikanischen Linken geschehen?	133
Manfred Laueremann	
Common Sense als revolutionäre Denkweise: Kissinger mit Nixon in der V.R. China	149
Alex Demirović	
Drei Sinngeneratoren: Kapitalismus – Demokratie – Sozialismus	156
Hans-Jürgen Urban	
Mosaiklinke Akteure und Aufgaben im volatilen Finanzmarkt-Kapitalismus	169
Richard Detje/Horst Schmitthenner	
Wirtschaftsdemokratie neu einbringen	182
Sabine Nuss	
»Panzerproduktion eingestellt – Belegschaft jubelt«	189
Plädoyer für eine öffentliche Produktion	
Rainer Fischbach	
Die leidigen Produktivkräfte	195
Mühen um die Sensibilisierung eines Blinden Flecks im Auge der Linken	
Hans-Jürgen Krysmanski	
Über die Befreiung aller Planungsdaten aus den kapitalistischen Computernetzen mithilfe der historisch-materialistischen Entwicklungstheorie	205
Ingrid Lohmann	
Revolucion	217
Frank Deppe	
»... nämlich die Systemfrage stellen«	221
Autorinnen und Autoren	228

Rainer Rilling und die Rosa-Luxemburg-Stiftung – Anstelle einer Einführung

Dieses Buch würdigt die Arbeit von Rainer Rilling in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik, Friedens- und Gewerkschaftspolitik. Es zeichnet ein Bild der vielen unterschiedlichen und fruchtbaren Beziehungen, in denen Rainer Rilling sich bewegt.

Unser Zugang ist Rainer Rillings Wirken in der und für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den letzten 13 Jahren. Er war über viele Jahre hinweg *der* Netzwerker schlechthin in der RLS, was hier natürlich nicht im Sinne einer sozialdemokratischen Strömungsetikettierung gemeint ist.

Rainer wurde Ende der 1990er Jahre von Trägern der damaligen »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.«, dem Vorläufer der Rosa-Luxemburg-Stiftung, angesprochen – nicht zuletzt, weil seine Zugänge in linke akademische und intellektuelle Netzwerke in Westdeutschland immens hilfreich waren; die Stärken der sich bildenden Stiftung lagen bis dahin in den ostdeutschen Ländern. So kam ein großer Teil der ersten Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten, die den Aufbau und die Arbeit des späteren Studienwerkes unterstützten, durch Rainer zur Stiftung.

Auch im Bereich der externen Projektförderung der RLS, die eine wichtige Form der Ermöglichung kleiner, auch kurzfristiger Vorhaben für Dritte in Kooperation mit der RLS darstellt, vermittelte Rainer viele der ersten Kontakte, Anfragen und Angebote an die Stiftung. Beispielhaft seien aus der frühen Phase der Stiftung nach 1999 hier das »Sunshine-Projekt« zur Überwindung von Biowaffen und die »Coordination gegen BAYER-Gefahren« genannt. In den folgenden Jahren war die Stiftung zunehmend imstande, über eigene Bildungsveranstaltungen oder die Förderung Dritter Kooperationsprojekte zu entwickeln. Als diese für die meisten von uns noch ein reichlich unklares Feld war, hatte Rainer einen Schwerpunkt in der Netzpolitik. Ein besonders nachhaltiges Projekt – bei Weitem nicht das einzige: Er war ein wesentlicher Motor beim Aufbau von www.linksnet.de. Nicht alle Projekte mit RLS-Beteiligung im Netz waren erfolgreich, und auch heute muss noch viel

verbessert werden. Aber ohne Rainer Rilling wären wir sicherlich weit später und deutlich unzureichender netzpolitisch aufgestellt.

Rainer war Mitglied des Trägervereins seit 1999, seitdem bis 2001 Vorstandsmitglied und erster Leiter eines Bereiches, der zunächst Forschung und Information hieß. Nach organisatorischen Umstrukturierungen in der Stiftung war Rainer Mitarbeiter und stellvertretender Leiter des Bereiches Politikanalyse; später wurde daraus das Institut für Gesellschaftsanalyse. In diesen Funktionen hat Rainer die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung mit aufgebaut; in seine Zeit fällt etwa der erste Jahresbericht der Stiftung und die Einführung einer Website. 2008 war er an der Konzipierung der neuen Zeitschrift der RLS – LuXemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis – beteiligt und ist seitdem Mitglied der Redaktion. Wenn dieser Bereich heute »Politische Kommunikation« heißt, dann knüpft dies an eine Anlage an, die Rainer damals verfolgte. 1999/2000 war Rainer als Bereichsleiter stark am Aufbau eines Auswahlverfahrens für Stipendiatinnen und Stipendiaten beteiligt. Dennoch ist Rainers Wirkung in die RLS nicht in erster Linie an seine Leitungsfunktionen gebunden gewesen, vielmehr ist er in erster Linie als Anreger von Projekten und Verknüpfer von Ideen, Personen und Themen wirksam gewesen.

Seine wissenschaftliche Arbeit umfasste Auseinandersetzungen mit dem Empire, den sich verändernden Imperien – hier knüpfte er für die Stiftung auch viele wichtige Verbindungen zu Intellektuellen aus den USA –, mit der Krise des Kapitalismus, der Frage, wie sich die Auto-Gesellschaft transformieren und das Öffentliche, die Commons verteidigen und vergesellschaften ließen.

Rainer war wichtig als umfassender Impulsgeber. Erinnerung sei hier nur an seine Rolle in den Jahren 2004 bis 2007 und insbesondere 2005, als sich die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit gründete und es zu einer Kooperation mit der PDS, deren parteinahe Stiftung die RLS war, kam. Lange bevor sich der Begriff der Mosaiklinken durchsetzte, hat Rainer für die Stiftung ein solches Verständnis gehabt – eine parteinahe Einrichtung, die gleichzeitig vielen Personen und Organisationsformen einer pluralen, demokratischen Linken offensteht und sich im Schnittfeld von Wissenschaft, Bildung und Politik bewegt.

Seit Anfang 2012 ist Rainer Rilling nun nicht mehr angestellter Mitarbeiter der RLS. Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates, als Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse und als Mitglied des RLS-Träger-

vereins bleibt er der Stiftung auch in einem formellen Sinne verbunden, in erster Linie hoffen wir weiter auf seine Beiträge als Anreger, Impulsgeber, Diskussionspartner, Kritiker, Autor und vieles mehr.

Heinz Vietze

(Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Florian Weis

(Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Michael Brie

Vor-, Nach- und Andersdenken – Zusammen-Denken

Am 16. Dezember 1989 kam es zu einer ungewöhnlichen Begegnung. Der Parteitag der SED traf Rudolf Bahro. Die Nicht-Mehr-Partei und Noch-Nicht-Oppositionspartei gab dem früheren Staatshäftling Nr. 1 in der DDR, dem Kommunisten, Marxisten, radikalen Ökologen, nach einer längeren Diskussion und mit knapp 54% der Delegiertenstimmen die Möglichkeit, nicht nur fünf, sondern 30 Minuten vor den Tausenden von Delegierten seine Ansichten über die Aufgaben einer Erneuerung der DDR darzulegen.

Schon das Bild war ungewöhnlich. Im Saal saßen vor allem Vertreter der alten Staatspartei der DDR, ihrer Sicherheitsapparate und der Staatswirtschaft, ergänzt durch Kräfte, die in Betrieben und anderen Einrichtungen durch Basisorganisationen gewählt worden waren. Und vorne stand einer, der sich lange vorher auf den Weg einer kritischen Bestandsaufnahme des Staatssozialismus gemacht hatte, der mit fadenscheinigen Begründungen in das Bautzener Gefängnis eingeliefert wurde, später ausreisen konnte, dann in die Grüne Partei eingetreten war, um sich nach einem spektakulären Bruch mit ihr weiter aufzumachen zu einer Suche, die zugleich ein völlig neues Zivilisationsmodell wie eine radikale Selbstfindung einschloss.

In seiner Rede vor dem ersten und letzten außerordentlichen Parteitag der SED entwickelte Rudolf Bahro seine Auffassungen von einer Alternative jenseits der bloßen Unterordnung der DDR und ihrer Wirtschaft unter die Bundesrepublik. War in seinen Augen schon die Planung in der DDR »hauptsächlich eine Transmission der auf dem Weltmarkt herrschenden Gesetze«, so sah er nun voraus, dass diese Unterordnung sich »multiplizieren« wird, »wenn jetzt die konzernanalogen Kombinate zu Schleusen ... für die größten Schlachtschiffe der anderen Seite werden«.

Er rief den im Saal versammelten Kombinatleitern zu: »Wissen die Führungskräfte unserer Industrie, dass sie bald nur noch bessere Fili-

alleiter sein werden, später dann auf Abruf?¹ Eine solche Sichtweise auf die nächsten Aufgaben einer Linken in der DDR traf bei den Delegierten teils auf Unverständnis und teils auf höfliche Abwehr und sogar auf Protest. Wie sollten jene, die aus den landwirtschaftlichen Genossenschaften kamen, auch akzeptieren können, dass die »Genesung der Landwirtschaft« verlangt, zu »entindustrialisieren, entchemisieren, entbetonieren, entspezialisieren«?² Das Protokoll vermerkt »Pffiffe« im Saal. Wie sollten Generaldirektoren und Manager staatssozialistischer Großbetriebe sich mit der Aufgabe identifizieren, ihre »alten Buden und viele schlimme Produktionen« zuzumachen und sich auf »small is beautiful« einzulassen?³ Und in einem Moment, wo viele der im Saal versammelten alles taten, um unter den Bedingungen von Massenflucht, politischer Instabilität und offener Grenze die elementarsten Funktionen der Gesellschaft aufrechtzuhalten, wie sollte da der Kopf frei sein für die eine Wirtschaft und Gesellschaft, in der »unser Verhältnis zur Erde, zum Boden, zu Gewässern und Lüften, zu Pflanzen und Tieren zum Ausgangspunkt der ganzen gesellschaftlichen Perspektiv- und Rahmenplanung«⁴ wird? Und warum sollte sich gerade die zerfallende Staatspartei SED solchen Aufgaben zuwenden? Längst war die politische Tagesordnung über die Reform und Erneuerung dieses Sozialismus hinweggeschritten. Angesichts des wachsenden Drucks in Richtung von Vereinigung und Beitritt konnte oder wollte sich selbst der letzte von der SED gestellte Ministerpräsident, Hans Modrow, nicht entziehen. Immer klarer wurde, dass die Behauptung in Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem gefragt war und die Versammelten des Parteitages dafür nicht die besten Karten haben würden, schon gar nicht dann, wenn es schnell gehen würde mit der Integration in die Bundesrepublik und die Europäische Union. Woher sollten sie dann die Offenheit haben für Rudolf Bahros Forderung einer »ökologischen Wende«? Seine hellsichtige Diagnose der Zukunft der DDR-Wirtschaft unter den Bedingungen der

¹ Rudolf Bahro: Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS. In: Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999, S. 249.

² Ebd., S. 255.

³ Ebd., S. 254f.

⁴ Ebd., S. 256.

Vereinigung konnte mit keiner machtpolitisch relevanten Handlungsoption der Nicht-Mehr-Partei SED verbunden werden.

Zwanzig Jahre später, in der tiefsten Krise genau jenes Kapitalismus, der doch 1989 so unverkennbar triumphiert hatte, ist eine Situation entstanden, die zwingt, sich der Worte von Rudolf Bahro zu erinnern. Schon hat die Regierung der Malediven sechs Meter unter der Meeresoberfläche getagt – eine durchaus realistische Perspektive. Die fossile Produktionsweise und konsumistische Lebensweise, das weiß heute jeder und jede, ist nicht zu halten. Die Diagnose von Rudolf Bahro aus dem Jahre 1989 klingt – heute gelesen – geradezu reformistisch. Die globale Revolution aber, die der Club of Rome schon 1990 ausgerufen hatte, ist ausgeblieben. Das Neue Denken verschwand mit der Sowjetunion. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus ging einher mit einer umfassenden Ausdehnung und Stärkung eines schon damals überlebten Modells von Produktion, Politik und Leben. Und dies zog eine neue Welle der Aufrüstung, des Terrors und der Kriege nach sich. Selten vorher in der Weltgeschichte wurde eine derart große historische Chance derart leichtfertig und arrogant verspielt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war der Westen übriggeblieben und feierte es als Zeichen, er stelle das endlich erreichte Ende der Geschichte dar.

Die Begegnung einer (untergehenden) Staatspartei mit einem ihrer schärfsten Kritiker ist nur eines von vielen Beispielen des Aufeinandertreffens von Volk, Herrschern und Propheten. Das ganze Alte Testament besteht aus zwei miteinander verflochtenen Erzählungen derartiger Konfrontationen. Es ist zugleich Geschichte des jüdischen Volkes, Königsgeschichte und Geschichte der Propheten – Hoffnung auf Befreiung, Apologie von Herrschaft und deren heftigste und weitsichtigste Infragestellung, Aufzählung immer neuer Taten und Untaten und zugleich Warnung vor Hochmut sowie Aufforderung zur Umkehr.

Die Verführung jedes Politikers ist es, Nach- wie Vordenken auf das sofort Machbare, Durchsetzbare, Gewünschte zu reduzieren. Alles andere erscheint wie ein Überschuss, der nur stören kann, der ablenkt, der die eigene Macht relativiert oder sogar konterkariert, die Überzeugung über die Richtigkeit eines eingeschlagenen Weges, einer durchzusetzenden Strategie schwächt. Und die Verführung jedes Nach- und Vordenkenden, jedes Intellektuellen ist es, den Raum des geistig Möglichen und moralisch als richtig Erachteten unmittelbar für das Notwendige und Gute zu halten und Politik als Kunst des Opportunen rational wie

ethisch abzuwerten. Oft sieht sich der Politiker als der bessere Intellektuelle und der Intellektuelle als besserer Politiker und so verfehlen sie beide ihre eigentliche Stärke.

Es ist dies die alte Verführung des Königs auf dem Throne, an der schon Platon bei seiner Beratung des Tyrannen Dyonysios II. in Syrakus gescheitert ist. Von Immanuel Kant, der es mit Friedrich II. zu tun hatte, einem König, der wie kein anderer sich das Image eines Philosophen gab und vor allem Kriege führte, gibt es dazu die lakonische Feststellung: Könige könnten qua Funktion keine Philosophen sein und sollten es auch nicht, und ein Philosoph hätte die Pflicht, von »einer uneingeschränkten Freiheit, sich seiner eigenen Vernunft zu bedienen und in seiner eigenen Person zu sprechen«,⁵ uneingeschränkt Gebrauch zu machen und müsse seitens der Regierung nicht »mit einem Interdikt belegt werden«.⁶

Politik kann sich diesen Widersprüchen zwischen Ausübung von Macht (und sei es aus der Opposition heraus) und Nachdenken über gegenwärtige und Vordenken möglicher zukünftiger Politik nicht entziehen. Und dies braucht Öffentlichkeit. Große Teile der Linken, insbesondere, aber keinesfalls ausschließlich, haben diese Öffentlichkeit lange Zeit nur instrumentell betrachtet. Sie schien als Mittel, die richtige Politik richtig an Mann und auch Frau zu bringen und das historisch als richtig Erkannte (die Mission) zu verwirklichen. Die Öffentlichkeit war nur das Mittel, dieses Bewusstsein »hineinzutragen«, in die eigene Partei oder die Massen, es war ein Werkzeug des Kampfes, nicht mehr. Und in dem Augenblick, wo man auf der Seite der Sieger stand, wurde dieses Mittel aufgegeben und auf die veröffentlichte Meinung der herrschenden Partei reduziert.

Im gleichen Augenblick aber wurde das Nach- und Vordenken in die Nichtöffentlichkeit verbannt. Jeder politische Dissens erschien als Fraktionsbildung, die verboten wurde, um die Reihen gegen den Feind fest geschlossen zu halten. Bestenfalls konnte es um die Wege der Umsetzung des Beschlossenen gehen. Damit wurde jedoch nicht nur dem Nach- und Vordenken, sondern jedem Anders-Denken als gesellschaftlicher Tätig-

⁵ Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung. In: ders: Sämtliche Werke, Essen 2000, Bd. 4, S. 223.

⁶ Immanuel Kant: Der Streit der Fakultäten. In: ders: Sämtliche Werke, Essen 2000, Bd. 4, S. 392.

keit die Basis entzogen. Was aber ist wirkliches Denken als die Aufdeckung neuer Möglichkeiten durch Analyse und Synthese, durch Konstruktion von Alternativen, und sei es von alternativen Deutungen? Mit der Unterdrückung von Öffentlichkeit wurde das individuelle Denken auf den Status bloßer Meinung herabgewürdigt. Eine solche Meinung konnte geduldet oder verfolgt werden, sie konnte ins Gefängnis oder zur Ausbürgerung führen oder sich über den politischen Witz ausbreiten, sie blieb ohne gesellschaftliche Macht. In dem Moment aber, wo diese Meinung sich allgemein ausbreitete, über persönliche Gespräche, die Kunst, die vielen Diskussionen, und auf keinen wirksamen Widerstand mehr stieß, geschah das, was Hegel in Anspielung auf eine Sentenz aus Diderots »Rameaus Neffe« schon mit Blick auf das französische Ancien Régime beobachtet hatte: »An *einem schönen Morgen*, dessen Mittag nicht blutig ist, wenn die Ansteckung alle Organe des geistigen Lebens durchdrungen hat,⁷ liegt der Götze am Boden.

Die deutsche Linke ist zu ihrem Glück gezwungen, unter den Bedingungen von Öffentlichkeit zu agieren. Sie hat keine Macht, diese zu unterdrücken und muss sich mit ihrer Instrumentalisierung, Vermarktung und Vermachtung auseinandersetzen. Sie hat keine Kontrolle über sie und kann nur versuchen, selbst eine öffentliche Macht zu sein. Jede der so notwendigen Auseinandersetzungen um Politik in der Linken ist zwangsläufig auch immer eine veröffentlichte Auseinandersetzung. Dies bringt sie in Konflikt mit Nach- und Vordenkern und diese auch mit den verschiedenen Gruppierungen der Linken.

Die Begegnung der SED mit Rudolf Bahro war bestimmt keine Sternstunde der Linken in Deutschland. Aber es war eine entscheidende Erfahrung – gleichermaßen über die Grenzen der Politik wie des Andersdenkens. Diese Grenzen werden wir aber nur überschreiten können, wenn Politikerinnen und Politiker, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen und Bürgerinitiativen wie auch Intellektuelle sie ausloten und verantwortlich mit ihnen umgehen. Bahro insistierte auf dem historisch in langer Perspektive Notwendigen – dem Übergang zu einer anderen Zivilisation, die die Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ausgangspunkt nimmt, Menschheit wieder einbettet in die Natur. Er blieb ab-

⁷ Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes. Berlin 1967, S. 388.

strakt, da er die Übergänge nicht denken wollte, um das Notwendige nicht zu verdunkeln. Er wollte der Gefahr entgehen, dass die Beschwörung einer ökologischen Wende letztlich doch wieder zur rein phrasologischen Verklärung des bloßen Weiter-So herabwürdigt würde. Die Delegierten der untergehenden Staatspartei dagegen konnten nicht erkennen, wie sie sinnvoll Teil eines derartigen Zivilisationsbruchs werden können. Ihre Chancen in einem vereinigten Deutschland standen schlecht; in einem Bahroschen Zivilisationsbruch dagegen würden sie überhaupt keinen Platz haben, waren sie überzeugt.

Die deutsche und europäische Linke ist fragmentiert. Die Macht des herrschenden Diskurses, die institutionalisierten Rahmenbedingungen des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus haben ein »Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber) erzeugt, in dem der Linken die Kraft zur Verknüpfung der Anliegen der subalternen Klassen und Schichten und ihre Verbindung mit den Interessen des globalen Südens und zukünftiger Generationen fehlt. Hegemonie ist genau die Kraft, diese Verknüpfung herzustellen und jede alternative Verknüpfung zu blockieren.⁸ Und diese »Herrschaft durch Kontingenz«⁹ liegt (noch?) in den Händen des herrschenden Blocks.

Die Linke ist deshalb immer mit den falschen Alternativen konfrontiert: Entstehen für einen ökologischen Umbau *oder* Sicherung der Arbeitsplätze in den Bastionen der Industriegewerkschaften (Metall-, Elektro- und Chemieindustrie); Entstehen für ein gemeinsames Europa *oder* Schutz der Interessen der lohnabhängigen Steuerzahler; Einsatz für den Frieden *oder* für die Demokratisierung diktatorischer Regime; Kampf für eine universale Grundsicherung *oder* für die Durchsetzung des Leistungsprinzips. Hinter jedem dieser Alternativen stehen berechnete Interessen großer Teile der Bevölkerung, die gegeneinander gerichtet werden und letztlich Herrschaft, Fremdverfügung reproduzieren. Jedes berechnete Anliegen wird partikularisiert und zum Teil eines nicht selbst bestimmten Ganzen des Neoliberalismus.

⁸ Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Herausgegeben und übersetzt von Michael Hintz und Gerd Vorwallner. Wien 2000.

⁹ Alex Demirović: Herrschaft durch Kontingenz, in: H.J. Bieling u.a. (Hrsg.), Flexibler Kapitalismus, Hamburg 2001, S. 208-224.

Es gibt keinen *unmittelbaren* Ausweg aus dieser Unmündigkeit, keine Möglichkeit der heroischen Überschreitung der vorgegebenen Grenzen, wie dies der maoistische Kommunismus von Badiou suggeriert. Der Protest *gegen* »das Ganze« ist genauso der neoliberalen Hegemonie unterworfen wie die Vertretung tariflicher oder kommunaler Interessen *im* »Ganzen«. Die Beschwörung einer »anderen Welt« und der Kampf um Märkte, Standorte, Löhne in »dieser Welt« spiegeln beide die Ohnmacht. Politik *jenseits* des Staats und *im* Staat, *jenseits* der Lohnarbeit und *in* der Lohnarbeit, für ein bedingungsloses Grundeinkommen und für höhere Renten sind die Fragmente eines Ganzen, das nicht durch eine solidarisch-emanzipatorische Linke, sondern durch den Finanzmarkt-Kapitalismus strukturiert ist. Weder gibt es gegen-hegemoniale Projektzusammenhänge noch das dafür notwendige politisch-moralische und intellektuelle Potenzial.¹⁰ Die Linke muss sich dieser Tatsache einer neoliberalen Hegemonie mit all ihren Konsequenzen bewusst sein und die Schlussfolgerungen daraus ziehen. Der Bedarf nach dem »Gespenst« einer hegemoniefähigen Linken¹¹ ist durch das Entstehen einer gesamtdeutschen linken Partei noch lange nicht gedeckt.

Die Chancen der Linken liegen gegenwärtig nicht in ihrer Stärke, sondern vor allem in der perspektivischen Schwäche des neoliberalen Blocks. Die Ressourcen für eine Verknüpfung der Interessen im Sinne der Fortsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus sind im Schwinden. Die regulierenden Eingriffe in der Krise haben genau jenes Modell auf eine weitere Dauer gestellt, das der Krise zugrunde liegt. Dadurch sind die Weichen auf eine Verschärfung der Krisen von Reproduktion, Integration, Legitimation und Sicherheit gestellt. Die Stärke der neoliberalen Hegemonie ist brüchig. Immer öfter und hektischer muss interveniert werden, die Risse im herrschenden Block werden zu tiefen Spaltungen. Auf diese Situation muss sich die Linke vorbereiten, politisch wie intellektuell, organisatorisch wie kulturell.

Zu dieser Vorbereitung gehört vor allem eines – die politische, intellektuelle, organisatorische und kulturelle Verankerung der Pluralität

¹⁰ Vgl. zu letzterem: Boaventura des Sousa Santos: Entpolarisierte Pluralitäten. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1/2010, S. 128-135.

¹¹ Rainer Rilling/Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern... RLS Standpunkt 6/2005.

der Linken jenseits bloßer Beliebigkeit. Wie Leibniz' Monaden muss das Ganze in jedem Teil, in jedem Fragment aktiv produziert werden, als »*unitas in multitudine*«, ohne dabei die Eigenständigkeit des Teils aufzugeben. Weder Unterordnung noch Verwandlung in Ausdrücke ein- und desselben, sondern die Arbeit an der neuen Verknüpfung des Unterschiedlichen, die aktive Herstellung von solidarischen Zusammenhängen des Differenten wirkt hin auf »eine Welt, in der viele Welten Platz haben« (Neo-Zapatisten). Die angestrebte reale Gegen-Hegemonie wird dadurch antizipiert, dass jedes Fragment der Linken so agiert, dass dabei zumindest als Option, als Möglichkeit, Vision ein anderes, ein solidarisches Ganzes jenseits des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus und des kapitalistisch-konsumistischen Krieges gegen die Natur aufscheint.

Politisch ginge es um radikale Realpolitik, von der Mario Candeias schreibt: »Hier geht es im Sinne revolutionärer oder einer radikal transformatorischen Realpolitik um das Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukünften. Diese Ausrichtung aufs Ganze ist mehr als ein hübsches Fernziel, vielmehr ein notwendiges Element, um die Verengung oder den Rückfall auf korporativistische, also enge Gruppeninteressen, zu vermeiden, was zur Verschärfung der Subalternität führt, die immer dann droht, wenn Kämpfe oder Einzelreformen nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden. Dann passiert, wie so oft, eben die partikulare kompromissförmige Integration in den herrschenden Block.«¹²

Ihren intellektuellen Bezug kann sie in einer sozialistischen Transformationsforschung finden, die darauf abzielt, Kapitalismus- und Sozialismustheorie neu zu fundieren und die organische Verbindung von Reform und Revolution, von schöpferischem Aufbruch und institutioneller Neuordnung, von Einstiegsprojekten und fundamentalem Um-

¹² Mario Candeias: *Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation*. RLS papers 2010, S. 19 (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/rls-paper-Candeias_2010.pdf). Vgl. dazu auch ausführlich die Beiträge in: Michael Brie (Hrsg.): *Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik*. Berlin 2009 (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-62.pdf).

bruch zu fassen.¹³ Organisatorisch würden sich die Ansätze einer Gegen-Hegemonie in der Herausbildung einer »Mosaik-Linken« zeigen (Hans-Jürgen Urban¹⁴) und moralisch in einer Kultur neuer Solidarität,¹⁵ die auf die Schaffung der Bedingungen für die freie Entwicklung einer und eines jeden als der Bedingung der freien Entwicklung aller (Marx und Engels) zielt. Dies verlangt beim Vor-, Nach- und Andersdenken vor allem *auch* das Denken des Zusammens – das Zusammen-Denken.

¹³ Vgl. dazu: Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke. kontrovers 01/2010 (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers/kontrovers_01-2010_web.pdf); Rolf Reißig: Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden 2009.

¹⁴ Hans-Jürgen Urban entwickelt Eckpunkte einer solchen Strategie für eine Mosaik-Linke vom Standpunkt der IG Metall in: ders: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2009, S. 71-77 (http://hans-juergen-urban.de/archiv/literatur/2009_mosaik_linke_bfduip.pdf). Siehe auch seinen Beitrag in diesem Band sowie: Mario Candeias: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1/2010, S. 6-17.

¹⁵ Vgl.: Friederike Habermann: Solidarität wär' eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle. RLS papers 2011 (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Solidaritaet.pdf).

Ulrich Brand

Kritische Intellektualität als komplexes Projekt¹

Auf dem Weltsozialforum im Februar 2011 im senegalesischen Dakar wurde unter anderem diskutiert, wie der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Krisendynamiken – hier die Finanz- und Wirtschaftskrise und dort die ökologische und Ressourcenkrise – und Formen der Krisenbearbeitung genauer begriffen werden kann. Die sich seit einigen Jahren entwickelnde globale Bewegung für Klimagerechtigkeit setzte sich kritisch mit dem Emissionshandel auseinander, der als *new enclosure* bezeichnet wurde und sich möglicherweise in wenigen Jahren zu einem Milliardenmarkt entwickeln wird. Afrikanische BäuerInnen und NGOs berichteten von Landkauf in großem Maße für die Produktion von Lebensmitteln, Tierfutter oder Agrartreibstoffen. Der Begriff des *land grabbing* wurde zum politischen Allgemeinwissen. Die Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasserinfrastrukturen, Wasserdienstleistungen und von Wasser selbst sind seit Beginn des WSF ein fester Bestandteil der Analysen, Strategieentwicklung und Vernetzungen.

Es wurde deutlich, dass ein systematischer Bezugsrahmen für die vielfältigen Erfahrungen fehlte. Doch solch ein Wissen wurde von den BewegungsaktivistInnen, NGO- und StiftungsvertreterInnen und den wenigen AkademikerInnen als unumgänglich betrachtet.

Ein halbes Jahr später, Ende Oktober, trafen sich in Paris etwa hundert Menschen aus NGOs, Bewegungen und einige wenige aus der akademischen Wissenschaft zu der Konferenz »The financialization of natural resources: Understanding the new dynamics and developing civil society answers to it«. Die meisten TeilnehmerInnen kamen aus Europa, aber einige auch aus Afrika, Asien, Lateinamerika und den USA. 16 Organisationen aus verschiedenen Ländern oder mit internationalem Charakter hatten zu dem intensiv vorbereiteten Treffen aufgerufen, u.a. Attac Europa, Friends of the Earth Europe und WEED aus Berlin. Inputs zum Auftakt des Treffens kamen von zwei Akademi-

¹ Alex Demirović und Karin Küblböck danke ich für wertvolle Hinweise.

kern aus London und Paris, die zum Thema Finanzialisierung arbeiten (der eine arbeitet zudem für das Netzwerk zur Reform der Weltbank, der andere koordiniert gleichzeitig den wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich) und von einem UNO-Mitarbeiter aus Genf. Doch ansonsten wurden auf der Konferenz vor allem die Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus NGOs und Bewegungen ausgetauscht und darauf aufbauend Strategien gegen die Finanzialisierung der Natur bzw. von Ressourcen in den verschiedenen Bereichen und in unterschiedlichen Regionen entwickelt.

Ich erwähne diese Entwicklung deshalb, weil mir daran exemplarisch deutlich wurde, wie irrelevant akademische Wissensproduktion für aktuelle gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen ist.

Akademische Wissensproduktion ist dabei gerade nicht mit wissenschaftlichem Wissen gleichzusetzen. Sie findet auch – und m.E. zu aktuell wichtigen Themen insbesondere – in NGOs und Stiftungen, Bewegungen und anderen Zusammenhängen statt, wird von Individuen und Kollektiven geleistet.

Natürlich hat die Zusammensetzung eines Treffens wie jenes in Paris etwas mit Einladungspolitik zu tun. Die sich bereits kennenden Kreise von AktivistInnen laden zuvorderst jene ein, deren Aktivitäten sie kennen. Das sind meist nicht die von AkademikerInnen. Konkurrenzen zwischen AkademikerInnen und NGO-MitarbeiterInnen sollten auch nicht unterschätzt werden. Dennoch wurde das Treffen breiter bekannt gemacht. KollegInnen, die ich persönlich ansprach, hatten alleamt keine Zeit. Das möchte ich gar nicht kritisieren, sondern es – neben Überlastung – als Indikator für strukturelle akademische Prioritätensetzung der Einzelnen deuten. Zumal, auch das eine Erfahrung, (progressive) AkademikerInnen eher zu Veranstaltungen kommen, zu denen sie als Sprechende eingeladen wurden. Das wird von AktivistInnen oft als hochnäsig interpretiert.

Die jeweiligen zeitlichen Dynamiken von Bewegungs- und akademischen Diskussionen sind völlig andere. Ein Beispiel: Auf einer sehr gelungenen akademischen Tagung im April 2010 an der Universität Manchester mit etwa 40 Teilnehmenden sollte das Thema der »Finanzialisierung der Natur« genauer begriffen und Forschungsfragen präzisiert werden. Doch bis heute, November 2011, ist unklar, wann die dafür geschriebenen Beiträge in einer Zeitschrift erscheinen werden.

Was möchte ich mit diesen Beispielen verdeutlichen?

Wir stehen m.E. vor einem (nicht dem einzigen) Problem gegenwärtiger Krisendynamik und emanzipatorischer Perspektiven. Es gibt kaum strukturierte Orte, an denen im besten Sinne eingreifendes Wissen produziert wird. Intellektuellenpolitik im Sinne Gramscis findet kaum statt – und am wenigsten im progressiven akademischen Feld. Der Redakteur einer wichtigen politischen Zeitschrift erzählte kürzlich, dass er kaum noch Angebote und gute Texte von kritischen AutorInnen aus der akademischen Wissenschaft erhält. Auch die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung ist zu solch einer Wissensproduktion gar nicht, der wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland allenfalls partiell, aber keineswegs systematisch in der Lage. Gerade im wissenschaftlichen Beirat von Attac hat sich kaum eine wissenschaftspolitische Kultur etabliert, in der theoretische und zeitdiagnostische Differenzen solidarisch und produktiv ausgetragen und mit Generationenkonflikten offen umgegangen wird. Das hat dann durchaus bremsende Wirkung in der Artikulation mit Bewegungen wie Attac.

Mein Eindruck ist, dass die kritische akademische Wissenschaft derzeit im deutschsprachigen Raum – von Ausnahmen abgesehen – kaum relevant ist. Die Gründe wären ausführlicher zu diskutieren: Die institutionellen Aufmerksamkeiten drehen sich um eingeworbene Drittmittel und Publikationen in begutachteten Zeitschriften (und mit möglichst hohem *impact factor*). Texte für Zeitungen oder andere Zeitschriften, die nicht diesem Format entsprechen, werden »zusätzlich« geschrieben. Der enorme Zeitdruck und die objektive wie selbst verursachte Selbstüberforderung machen kritische akademische Wissenschaft als produktive Praxis schwierig. Es fehlen zudem immer wieder Zeit und Raum, um die Entwicklungen zu reflektieren und entsprechende Strategien zu entwickeln. Jüngere WissenschaftlerInnen während oder nach der Promotionsphase richten sich auch daran aus – oder stehen unter dem Druck, das vermeintlich tun zu müssen. Dazu kommen, wie gesagt, Konkurrenzen – um Anerkennung, mitunter auch finanzieller Art – zwischen NGO-AktivistInnen und ihrer Wissensproduktion auf der einen Seite und der institutionalisierten Wissenschaft an Forschungsinstituten oder Hochschulen andererseits.

Aufwendig ist im akademischen Feld die notwendige Infrastrukturarbeit, um kritische Wissenschaft zu ermöglichen. Damit ist die oft zeitintensive Gestaltung des eigenen Arbeitsumfeldes gemeint, etwa das oft zähe Ringen um transparente Prozesse auch unter Bedingungen wenig

demokratischer hochschulpolitischer Verfasstheit. Dazu kommen Aufgaben, im wissenschaftlichen Feld, etwa in Fachverbänden und -gremien, zu agieren, bei Zeitschriften mitzuarbeiten oder Schwerpunkthefte herauszugeben, Workshops oder Kongresse auszurichten, Dissertationsbetreuungen zu übernehmen u.v.m. Hier geht die kritische Wissenschafts-Community im deutschsprachigen Raum unkoordiniert vor.

Wenn ein Merkmal kritischer Wissenschaft in ihrem Nonkonformismus und ihrer Herrschaftskritik besteht, dann hat sie es an den Hochschulen schwer angesichts der akademischen Erziehung zum formalen Konformismus des Publizierens in begutachteten Zeitschriften, die eben nicht auf andere gesellschaftliche Bereiche ausstrahlen, und der Drittmittel. Zudem ist die für kritische Wissenschaft wichtige kritisch-solidarische Bezugnahme auf vom Anspruch her gesellschaftliche und politische Akteure wie progressive soziale Bewegungen, NGOs, Stiftungen, Medien, Parteien oder Gewerkschaften tendenziell verdächtig. Es hat sich das Feld der »Bewegungsforschung« ausdifferenziert (eine kritische »Verbändeforschung« gibt es kaum noch), das sich aber selbst nicht eine zu große politische Nähe zu Bewegungen nachsagen lassen will.

Ein weiterer systematischer Grund der kaum eingreifenden Rolle akademischer Wissensproduktion ist deren gar nicht vorausschauende bzw. vorausschauen wollende Rationalität. Ich will damit nicht den Prognosen das Wort reden. Dafür fühlt sich – entrückt von gesellschaftlicher Realität und Komplexität – oft genug die quantitative Forschung zuständig, die vermeintlich klare Kausalitäten aus der Vergangenheit in die Zukunft extrapoliert. Was aber in der aktuellen Konstellation dringend notwendig wäre, sind Versuche, die Elemente möglicher Entwicklungen genauer zu fassen, aktuelle und mögliche Dynamiken, Kontingenzen und Komplexitäten. Das hat enorme methodologische Implikationen.

Neben der Wissensproduktion ist für intellektuelle Praxen natürlich die Wissensvermittlung wichtig. Hier sind die Hochschulen weiterhin wichtig, auch wenn man das nicht überschätzen sollte.

Auf dem Treffen in Paris wurde aber deutlich, dass es den Bewegungs- und NGO-VertreterInnen nur sehr begrenzt um *Wissensvermittlung* ging. Vielmehr sollten unterschiedliche Wissens- und Erfahrungsbestände in einen Dialog treten. Entsprechend sind diese Treffen – das genieße ich, da es sich wohltuend vom akademischen Geschäft abhebt – meist sehr gut moderiert. Die akademische und damit auch die kritische akademische Wissenschaft hat aber häufig ein Problem damit,

sich auf andere (wissenschaftliche wie nicht-wissenschaftliche) Wissensformen einzulassen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Die systematische Abwertung anderer Wissensformen und -inhalte wird auch in den kritischen Kreisen allzuoft implizit mitgetragen.

Vor diesem Hintergrund ist die These nicht allzu gewagt, dass unter den bestehenden Umständen kritisches und eingreifendes Wissen schon seit einiger Zeit und heute wahrscheinlich zunehmend in außerakademischen Einrichtungen produziert wird. Hier sind Nichtregierungsorganisationen zu nennen – kleine und spezialisierte wie WEED in Deutschland oder die Gruppe *Erosion, Technology and Concentration* (ETC Group; vormals RAFI) auf internationaler Ebene. Die Kirchen, das zeigte das eingangs erwähnte Treffen in Paris, spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Aber auch Verbände wie Gewerkschaften oder staatsnahe Einrichtungen mit Spielräumen wie die Arbeiterkammern in Österreich bleiben wichtig. Natürlich werden Ergebnisse – wie etwa kritische Forschungen zur Finanz- und Wirtschaftskrise oder zur sozial-ökologischen Krise – durchaus in anderen gesellschaftlichen Spektren rezipiert. Aber aus meiner Sicht weit unter dem Niveau, das möglich und notwendig wäre. Dies ist umso gravierender, als ich den Eindruck habe, dass aufgrund der geringen Relevanz emanzipatorischer Forderungen sich zunehmend AktivistInnen oder eine kritische Öffentlichkeit wieder »grundlegendere« Fragen stellen. Dazu reicht, so eine immer wieder anzutreffende Einschätzung, großes Sachwissen über die Mechanismen der Finanzmärkte oder des Emissionshandels nicht aus.

Doch wie wird dieses wichtige, gleichwohl meist spezialisierte Wissen in einen umfassenderen Kontext gestellt? Wer übernimmt denn die Funktion der theoretisch wie zeitdiagnostisch gesättigten Gesellschaftsanalyse? Wo wird Theorieentwicklung im Lichte historischer Veränderungen und Erfahrungen betrieben? In welcher Form werden Handlungs- und Strukturwissen, Erfahrung und Einsichten in abstrakte gesellschaftliche Mechanismen in emanzipatorischer Absicht zusammengebracht? Wie werden gleichsam katalytisch Elemente (Thesen und Begriffe, umfassende Perspektiven und konkrete Alternativen) in Diskussionen gebracht, die dann von anderen aufgegriffen und in ihren je spezifischen Erfahrungshorizont übertragen werden, damit spezifisch und aufs Allgemeine bezogen Handlungsfähigkeit entsteht?

Das sind Fragen, die Rainer, mich und viele andere umtreiben. Ich bin überzeugt, dass wir sie weiter gemeinsam am Institut für Gesellschafts-

analyse, in der Stiftung insgesamt und in anderen Kontexten diskutiert werden und praktisch anzugehen versuchen. Ganz zentral scheint mir, dass sich die Stiftung nicht nur mit hohem Aufwand um Gegenwartsanalysen und die Ausarbeitung inhaltlicher Schwerpunkte, um Vernetzung und Organisierung kümmert – also Intellektuellenpolitik im besten Sinne betreibt. Wichtig ist zudem, dass gesellschaftstheoretische Arbeit einen hohen Stellenwert einnimmt, die nicht zuletzt komplexe Zeitdiagnosen valider macht. Das unterscheidet sie von NGOs und gibt ihr gleichzeitig einen wichtigen Stellenwert im Feld sozialer Bewegungen und NGOs. Hoffentlich findet diese Arbeit künftig stärker in produktiver Kooperation mit einer breiteren und legitimen, innerwissenschaftlich und gesellschaftlich als notwendig erachteten kritischen akademischen Praxis statt.

Mario Candeias

Hello..., does anybody rule?

Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führenden Gruppen

Was haben sie nicht alles geleistet? Was sind sie beweglich? Immer oben auf. Immer eine Alternative zur Hand, eine Strategie in der Tasche, eine Antwort parat. Planend, zukunftsorientiert. Toll, unsere herrschenden Klassen. Und absolut demokratisch! Solange man an ihrer Herrschaft nicht rüttelt. Gerüttelt wird überall, ständig. Nur merken sie es meist kaum ... nur in wenigen historischen Momenten: organischen Krisen, in denen »unheilbare Widersprüche« (Gramsci, Gef. 7: 1557) in der Struktur der Gesellschaft den gesellschaftlichen Konsens auflösen, die Verhältnisse in Bewegung geraten, der Machtblock seine Festigkeit verliert, innere Widersprüche seine Zersetzung provozieren.

Vor allem die führenden Fraktionen innerhalb des Machtblocks sind meist kaum in der Lage, aus den Mechanismen und Denkgebäuden des einst hegemonialen Projekts auszubrechen. Die Bornierungen des Alten schlagen zurück, indem Lösungen immer wieder in Vertiefung überkommener Muster oder leichten Anpassungen gesucht werden, um im Kern am bisherigen festzuhalten – »... denn keine gesellschaftliche Form wird je eingestehen wollen, dass sie überholt ist« (ebd.). Diese Unfähigkeit weniger herrschender Klassen an sich als vielmehr der führenden Gruppen ist ein weithin unterschätztes Phänomen. Diese Bornierung ist dabei nicht nur mangelnder Fähigkeit geschuldet, grundlegende Veränderungen zu begreifen, sondern auch der drohenden Ablösung einer führenden Gruppe durch eine andere. Noch selten wurden die Überwindung organischer Krisen und die Formierung eines neuen hegemonialen Projekts ohne Neuordnung des Blocks an der Macht und Austausch der führenden Gruppe erreicht. Dieser Druck führt fast immer zur autoritären Wendung der ehemals führenden Gruppe, zum Kampf innerhalb des Machtblocks, der seine Herrschaft durch Verlust von Hegemonie insgesamt bedroht sieht, und letztlich zur Zersetzung. Die Unfähigkeit der führenden Gruppen ist so zugleich eine Bedrohung durch zunehmend autoritäre und gewaltförmige Maßnahmen und eine Chance

für subalterne Gruppen, spezifische Projekte und Interessen zu formulieren und breiter in der Gesellschaft zu verankern, Widersprüche zwischen den Herrschenden auszunutzen. Zunächst führt dies jedoch meist zu Blockierungen: »die alte Gesellschaft widersteht und sichert sich eine Zeit der ›Atempause« (ebd.: 1558).

1. Was grenzt eigentlich die herrschenden Klassen von der Subalternen-Suppe ab?

Marxistische Theorie betont zu Recht: Anders als in feudalen Produktionsverhältnissen beruht die kapitalistische Produktionsweise in erster Linie nicht länger auf personaler Herrschaft als vielmehr auf a-personalen Verhältnissen struktureller Abhängigkeit: Die Arbeiterin ist eben doppelt frei und auch noch (Staats-)Bürgerin mit formal gleichen Rechten wie der Kapitalist. Im strukturalen Marxismus von Althusser und anderen wird die strukturell-systemische Macht auf die Spitze getrieben: Die Anrufung des Subjekts erfolgt immer schon vor dem Hintergrund der freiwilligen Unterwerfung. Bei Antideutschen wird dann jeder Hinweis auf herrschende Klassen schnell mit dem Vorwurf eines strukturellen Antisemitismus beantwortet und still gestellt. Dagegen hat Rainer Rilling bereits 1982 in dem Argument-Artikel »Das vergessene Bürgertum« bemängelt, dass kritische Theorie »ohne gesellschaftliches Subjekt auszukommen scheint« (34). In der Regulationstheorie wird dann zu Recht darauf hingewiesen, gesellschaftliche Regulation erfolge ohne zentral »steuerndes Subjekt« (Hirsch), aber eben nicht subjektlos (vgl. Candeias 2004).

Es gibt also kein gesellschaftliches Zentrum. Insbesondere in der Folge von Foucault haben wir gelernt (was sich auch schon bei Gramsci findet), dass Machtverhältnisse in alle Poren der Gesellschaft diffundieren, mikrosoziologisch überall Machtverhältnisse zutage treten und jede Einzelne Macht ausübt, irgendwie. Doch mit der Diffusion und Vervielfältigung von Machtverhältnissen darf nicht die Differenz von gesellschaftlichen Positionen im Sinne von Machtasymmetrien, von struktureller Herrschaft, aber auch von Hegemonie verschwinden. Es geht in der Verwobenheit von Machtverhältnissen um eine immer wieder neu vorzunehmende relationale Bestimmung zwischen Herrschenden und Subalternen, von struktureller Macht, v.a. der jeweiligen Form der Tren-

nung von Ökonomie und Politik, ihrer Neuverknüpfung mit Patriarchat und Rassismen. Denn neben der Zerstreung von Macht in vielfach verwobenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die zur Spaltung der Subalternen entlang ethno-nationaler, rassistischer, geschlechtlicher, religiöser und kultureller, bildungs- und generationaler etc. (Selbst-)Zuschreibungen führt, gibt es immer noch und mehr denn je Verdichtungen von Macht. Natürlich ist auch jeder Spitzenbanker und jede Bundeskanzlerin Getriebene globaler Konkurrenz und systemischer Zwänge. Aber doch mit ein paar mehr Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen als eine Hartz-IV-Empfängerin, die sich der zumindest sehr persönlich anfühlenden Despotie des (oft prekären) JobCenter-Fallbearbeiters ausgesetzt sieht. An diese manchmal theoretisch vergessene Banalität erinnert auch der Protest der 99% gegenüber dem 1%.

In diesem Sinne lässt sich eine theoretische Unterscheidung treffen zwischen a) einem Machtblock als »eine von inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von *politisch* herrschenden Klassen und Fraktionen« (Poulantzas 1973: 239), in dem oppositionelle Führungsgruppen als Beherrschte in subalternen Positionen des herrschenden Machtblocks integriert, also Teil der Herrschaft sind (Gramscis *Trasformismo*), z.B. Gewerkschaftsspitzen, NGOs usw.; und b) einem geschichtlichen Block eines bestimmten hegemonialen Projekts, der Herrschende und Beherrschte mit einschließt. Der Machtblock repräsentiert damit eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und Regierten, während ein geschichtlicher Block die widersprüchliche Einheit von Regierenden und Regierten darstellt (Candeias 2004: 43-46).

2. Die besondere Position des Kapitals und die Grenzen des Reformismus

In Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, ist klar, das Kapital nimmt eine besondere Machtposition ein. Doch Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Unter ungünstigen Verhältnissen dienen Reformen stets der Verbesserung der unmittelbaren Lage der Ausgebeuteten, Erniedrigten und Unterdrückten. Im günstigen Fall konnten sie für die Subalternen Terraingewinne ermöglichen und Handlungsspielräume erweitern und absichern. Wie jede Reform sind hart erkämpfte Errungenschaften wie Begrenzungen der

Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande und konnten in die kapitalistische Dynamik integriert werden. Diese Errungenschaften sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zuviel kosten, seine Macht bedrohen.

Kämpfe um Einschränkung der mit dem Kapitalismus verbundenen, sozial und ökologisch zerstörerischen Dynamiken sind alternativlos – stoßen jedoch an Grenzen: Der bürgerliche Staat ist mit dem Staatstheoretiker Nicos Poulantzas als die »Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« zu begreifen und daher reformierbar. Er muss aber zwei Funktionen erfüllen: die allgemeine, den sozialen Zusammenhalt in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft sichern, und die besondere, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Kapitalakkumulation (die zugleich seine steuerliche Existenzgrundlage darstellt) gewährleisten. Diese Funktionen herrschen den Reformen *innerhalb* des Kapitalismus Grenzen auf. Sobald eine der Funktionen nicht mehr erfüllt ist, verliert der Staat seine Legitimation und Funktionsfähigkeit.

Ähnlich verhält es sich mit den Grenzen der Regulierung des Marktes. Der Markt ist zwar immer ein politisch hergestellter, doch kann er nicht nach Belieben reguliert, d.h. in seinen negativen Effekten deutlich eingeschränkt werden, ohne dass er zugleich seine Funktionsfähigkeit einbüßen würde. Auch die gesellschaftliche Funktion des Kapitals basiert nicht nur auf der innovativen und effizienten (Re)Kombination von Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Ressourcen, sondern auf Produktion eines *wachsenden* Mehrwerts, also Ausbeutung, und *fortwährender* Akkumulation, also Wachstum. Sofern eines von beiden eingeschränkt wird, verliert das Kapital seine Existenzgrundlagen, also auch seine »innovativen« Momente. Es gibt einen Gegensatz zwischen kapitalistischer Produktion und Ökologie, und es gibt Grenzen der Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus. Selbst in organischen Krisen, in denen die Führung entgleitet, der aktive Konsens zerbröseln, bleibt diese strukturelle Macht erhalten, die in den Produktionsverhältnissen ruht und sich bis hinein in den Staat und seine Gewalt materialisiert. Herrschaft statt Hegemonie.

3. Differenz zwischen dominanten Kapitalfraktionen und führender Gruppe

Doch gibt es keinen einheitlichen Block des Kapitals. Es ist vielmehr in sich gespalten, Einzelkapitale stehen in schärfster Konkurrenz zueinander, unterschiedliche Fraktionen bekämpfen sich. Von Marx bis Frances Fox Piven wurde immer wieder gezeigt, wie durch härteste Konkurrenz entzweit, im »Schrei des Kapitalisten« nach »Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, d.h. gleichen Schranken der Arbeitsexploitation«, der Rekurs auf die regulierende Staatsgewalt erfolgt (MEW 23: 515) und sich damit Möglichkeiten für die Arbeiterklasse eröffnen, ihre Interessen einzubringen und abzusichern.

Entsprechend ist die Überführung kapitalistischer Interessen in ein korporatives, ursprünglich theoretisch-ideologisches Programm und dann in ein populäres praktisch-politisches Programm, das die Interessen ethisch-politisch umarbeitet, Kräfte bündelt und zu einer durchsetzungsfähigen Strategie ausarbeitet, *keine* Sache des Kapitals oder in einer spezifischen Periode dominanter Kapitalfraktionen. Es handelt sich vielmehr um einen komplexen Prozess der Reartikulation mit anderen Kräften zu einem gesellschaftlichen Block, einem hegemonialen Projekt. Zu diesem Zweck werden Kompromissmöglichkeiten ausgelotet, Bedürfnisse der Bevölkerung aufgegriffen und verändert. Ein solches Projekt bietet handlungsleitende Deutungen der gesellschaftlichen Situation und von Veränderungsprozessen, gibt Orientierung, macht strukturelle Verhältnisse vermeintlich durchsichtig, bringt wert- und erfahrungsgeliteten Alltagsverstand weitgehend zur Deckung mit einer ideologischen Interpretation der Realität, sodass die Überzeugungskraft der Ideen als evident erscheint und sich in den Köpfen der Subjekte verankert. Vor allem aber lässt ein solcher Prozess der Reartikulation genügend Raum zur selbsttätigen Artikulation bzw. Einschreibung für unterschiedlichste gesellschaftliche (auch subalterne) Gruppen.

Diese Reartikulation vom gesellschaftlichen hin zum hegemonialen Block ist verbunden mit dem Aufsteigen von einer zivilgesellschaftlichen Kraft zum Staat. Das Subjekt dieses Prozesses sind die gesellschaftlich führenden Gruppen von den großen Intellektuellen, über ein Netz von Populisten bis hin zu den tragenden organisierenden organischen Intellektuellen im Betrieb oder den Organisationen der Zivilgesellschaft – sie bilden letztlich eine gesellschaftliche Partei, in der sie sich formieren.

Letztere verknüpft als politische Form den Block mit einer konkreten Perspektive der (Staats-)Macht, sichert den ausgearbeiteten Konsens mit den Mitteln von Gesetzesgewalt und Zwang ab und erzieht und/oder unterdrückt die nicht-integrierten Gruppen.

Insofern gilt: Auch wenn die strukturelle Macht vor allem auf Seiten der dominanten Kapitalfraktionen liegt, stellen sie keineswegs selbst die führende Rolle innerhalb eines hegemonialen Blocks. Ihr gegenüber tritt die relativ autonome Macht des Staates, vor allem aber die Fähigkeit zur Führung durch die ideologische Reartikulation divergierender Interessen im integralen Staat.

Was die politischen Ideologen in Parteien, Staat und Medien zu organischen Intellektuellen der dominanten Kapitalfraktionen macht, ist dabei weniger, dass sie selbst letzterer entstammen oder von ihr »gekauft« werden, sondern dass »sie im Kopf nicht über die Schranken« und Selbstbegrenzungen hinauskommen, über die diese bestimmten Kapitalfraktionen »im Leben nicht« herauskommen, »dass sie daher zu den selben Lösungen getrieben werden, wohin jene das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben« (MEW 8: 142).

4. Organische Krise und strategische Antworten der Herrschenden

Rainer Rilling beschreibt den Zustand des neoliberalen Machtblocks anno 2011 wie folgt: »Eine Stimmung des panischen Kontrollverlustes hat sich tief« eingegraben – »ungeachtet des bundesdeutschen Aufschwungs« ist die Situation »von einer starken und weiter zunehmenden Unsicherheit über den Zustand des europäischen und amerikanischen Finanzmarktkapitalismus geprägt« (2011: 135). Die dominante Reaktion: Die Restauration eines autoritären Neoliberalismus, in dem der Krise (wie in vorangegangenen großen Krisen) mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird – Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung. Während die europäische Peripherie in Schuldenkrise und Depression versinkt, waren Krisenkorporatismus und -management in Deutschland bisher vergleichsweise erfolgreich: mit Bankenrettung, Kurzarbeitergeld und »Abwrackprämie«. Konjunkturprogramme halfen die dramatische Investitionslücke bei Schulen und Infrastruktur ein wenig zu schließen. Kürzungen von Sozial-

leistungen und bei öffentlichen Diensten fielen vergleichsweise moderat aus. Nach Fukushima änderte Merkel in kürzester Zeit grundlegende Positionen der regierenden Parteien, verkündete den Ausstieg aus der Atomkraft und den Einstieg in eine (vermeintlich) ökologische Energiewende. Und nun will die Regierung zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Art Mindestlohn/-einkommen einführen. All diese Maßnahmen dienten dazu, die schwindende Zustimmung neu herzustellen, die Basis der unterstützenden Gruppen zu erweitern und starke oppositionelle Gruppen, wie konservativ-grüne Milieus und nicht zuletzt die großen Gewerkschaften, in das vorwiegend neoliberale Krisenmanagement zu integrieren. Zugleich wird mit der Krise das Primat der Exekutive betont und der Sparzwang auf Verfassungsrang gehoben – hinter dem bröckelnden Konsens tritt der Zwang offener hervor.

In der EU wiederum ist die deutsche Regierung zum wichtigsten Zentrum und Agenten neoliberaler »Konsolidierung« geworden. Zusammen mit Finanzmärkten, IWF, einigen kleineren Ländern wie den Niederlanden und Österreich sowie der Regierung Sarkozy setzen alle gleichgerichtet auf eine Radikalisierung austeritätspolitischer Maßnahmen, also massive Kürzungen: Rentenkürzungen, Lohnkürzungen, Kürzungen bei Kindergeld oder Familienhilfen, Senkung der Arbeitslosenhilfen, Investitionsstopps, die auch vor notwendigen Ausgaben für Infrastrukturen, Kinderversorgung oder Bildungseinrichtungen nicht halt machen, und nicht zuletzt weitgehende Privatisierungen. Sofern überhaupt Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite enthalten sind, handelt es sich überwiegend um Mehrwertsteuererhöhungen, was insgesamt den Klassencharakter der Kürzungspolitik verdeutlicht.

Inspiziert von der gesetzlichen Schuldenbremse in Deutschland soll mit dem so genannten Fiskal-Pakt der Staatsschuldenkrise durch Erziehung der europäischen Partner begegnet werden: »Die Integration muss fortschreiten, und ein Staat mit Problemen, dem geholfen wird, muss im Gegenzug einen Teil seiner Hoheitsrechte an die EU abgeben«, so Wolfgang Schäuble (Stern, 27.7.2011). Mit der Verschärfung der Maastricht-Kriterien werden neoliberale Prinzipien noch einmal institutionell festgeschrieben. Mit der verstärkten finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung wird zugleich die EU-Integration vertieft, mit der Einrichtung des neuen, permanenten Rettungsfonds ESM (vergleichbar einem europäischen IWF, der präventiv einschreiten kann) eine weitere Grundlage einer Transferunion gelegt, bei wei-

terer Entwicklung von Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese Form der Reregulierung in der Krise zielt jedoch nicht auf die Finanzmärkte, sondern auf die Disziplinierung der Politik. Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird in Zukunft von den nationalen Wettbewerbsstaaten erneut als Begründung für eine Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung genutzt werden bzw. zur Delegitimierung der Ansprüche jener, die nicht in erster Linie stabilitätsorientierte Interessen verfolgen: Beschäftigte, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. Die Neuausrichtung der EU wird damit noch stärker als zuvor zu einem entscheidenden Kampfplatz für gesellschaftliche Entwicklungen auch in der Bundesrepublik.

Auf diese Weise gelingt es, vorläufig die Macht zu sichern. So erscheint das neoliberale Krisenmanagement oberflächlich bzw. kurzfristig erfolgreich im Sinne der Absicherung enger Kapital- und Machtinteressen. Eine organische Krise ist so nicht zu überstehen. Denn den aufbrechenden Krisenerscheinungen hat der herrschende Machtblock *keine produktiven Lösungen* mehr entgegenzusetzen, die die Interessen der Subalternen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Krisenmanagement verhindert den Kollaps, befördert jedoch nur ein Prozessieren der Krise auf anderen Ebenen. Ein Feuer wird gelöscht, zwei neue brechen aus. Die Regierungen sind Getriebene der Krise, treffen Entscheidungen erst, wenn sie nicht mehr zu vermeiden sind – fast immer zu spät. Dass Griechenland entschuldet werden muss, stand schon kurz nach Ausbruch der Schuldenkrise fest (Candeias 2010a). Erst im Herbst 2011 einigt man sich auf einen Schuldenschnitt – der kaum Entlastung bringt, während auch die zehnte Erhöhung der diversen Rettungsschirme nicht genügend Kapital mobilisiert, um die Staatsanleihen in Europa abzusichern. So können die von der EU getroffenen Maßnahmen die Märkte nicht »beruhigen« und die Refinanzierung der Staaten sichern. Gleichzeitig verschärfen die harten Kürzungsprogramme die Rezession in der gesamten Eurozone und stürzen die Semi-Peripherie für Jahre in eine Depression.

Dabei werden die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise gar nicht angegangen – von den anderen Dimensionen der multiplen Krise ganz zu schweigen. Die Reregulierung der Finanzmärkte blieb in inkonsistenten Teilreformen wie Basel III stecken oder werden wie in den USA von der Finanzlobby zur Unkenntlichkeit verwässert. Unterschiedliche Interessen zwischen den Regierungen blockieren ein ab-

gestimmtes Vorgehen, Ausdruck für die Krise internationaler Organisationen. Bankenrettung und Konjunkturprogramme führten zu einer enormen Ausgabensteigerung der Staaten – ohne dass die finanzielle Überakkumulation signifikant abgebaut worden wäre. Eine ernsthafte Regulierung, gar ein Abschmelzen der Finanzvermögen (durch kontrollierte Vernichtung/Abschreibung und Sozialisierung) wie in den 1930er Jahren findet nicht statt (Wahl 2010).

Seine *vorantreibende* gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus verloren. Es mangelt an ausreichenden Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen als auch den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage oder zumindest nach Perspektiven nachzukommen. Die Versprechen wurden gebrochen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden. Doch ein passiver Konsens hat bislang mangels sichtbarer und durchsetzungsfähiger Alternativen Bestand. *Die Neoliberalen sitzen damit nicht zuletzt in Deutschland fest im Sattel und bauen in Europa und den USA ihre institutionelle Macht aus.* Ihre Position mag keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor eine »herrschende« (Gramsci, Gef. 2: 354). Dies entspricht vor allem den Interessen der alten, dominierenden Kapitalfraktionen: des Finanzkapitals, der Vermögenden, der alten fossilistischen Industrien. Diese haben in der Krise viel zu verlieren, noch mehr jedoch bei einer Transformation hin zur Reregulierung von Finanzmärkten und zur ökologischen Modernisierung der Produktion. Eine solche Transformation würde die bestehenden Grundlagen der betreffenden Kapitalgruppen existenziell erschüttern. Ob sie die Transformation produktiv nutzen könnten, ist offen und mit großen Risiken verbunden, sodass zumindest die flexibleren unter ihnen beides zugleich versuchen: neue Geschäftsmodelle für eine postneoliberale kapitalistische Zeit zu entwickeln und diese Zeit so weit wie möglich hinauszuzögern. Insofern ist darin ein rationaler Kern begründet. Für die führenden politischen Gruppen ist der rationale Kern schwieriger auszumachen. Wo besagte Kapitalgruppen aus materiellen Interessen zu borniertem Festhalten an Überkommenem neigen, ohne Aussicht auf Lösung der Krise, kommen ihre führenden Gruppen eben im Kopf nicht darüber hinaus. Hier wird ein eklatanter Mangel an Führungsfähigkeit nicht nur gegenüber den subalternen, sondern auch gegenüber dem Kapital deutlich. Mit dem Unterschied, dass die führenden Gruppen sich damit selbst ihrer Funktion berauben, ei-

ner schwelenden Repräsentationskrise neuen Zündstoff beibringen und »kollektiven Selbstmord« betreiben (Candeias 2010b). Herrschaft ohne Hegemonie funktioniert nur bedingt.

In der ersten Krisenkonjunktur wurden Regierungen überall von der Krise überrascht, etliche wurden von ihr weggespült, stürzten z.B. in Lettland und Island oder wurden abgewählt, wie die konservativen Regierungen in Griechenland und den USA sowie die Labour-Regierung in Großbritannien. Dann opferte sich die sozialistische Regierung Ungarns, um den Haushalt zu sanieren. Jetzt regieren dort Rechtsnationale mit Nationalfaschisten. In loser Folge mussten angesichts der dramatischen Wirkungen drastischer Sanierungsprogramme die Regierungen in Portugal und Dänemark, in Spanien und Slowenien ihren Hut nehmen. Die slowakische Ministerpräsidentin fiel aufgrund der Zustimmung ihrer Regierung zu den Rettungsschirmen. Die Regierung von Ministerpräsident Papandreu in Athen, der nach den heftigsten Kürzungsprogrammen in der europäischen Geschichte auch mal die Bevölkerung fragen wollte, ob sie ein weiteres Sanierungspaket mittragen würde, fiel einem europäischen Coup d'Etat zum Opfer und wurde zum Rücktritt gezwungen. Kurz darauf ereilte den italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi das gleiche Schicksal, weil er nicht genug sparen wollte. Mittlerweile wurde die vermeintlich »neutrale« griechische Regierung der Technokraten abgewählt. Auch die Technokraten-Regierung Monti in Italien hat nicht viel mehr als die schärfste Rezession Italiens seit Jahrzehnten vorzuweisen – die Gegenkräfte organisieren sich. Sarkozy ... abgewählt. Und – das ist keine gewagte Prognose – die schwarz-gelbe Regierung in der Bundesrepublik wird größte Mühe haben, die nächsten Wahlen überhaupt zu erreichen, geschweige denn zu gewinnen. Die Financial Times Deutschland spricht vom »großen Gemetzel« und »Massenselbstmord« der Regierungen (15.12.2011).

Erklärungsbedürftig bleibt, weshalb sich die sich »sozialistisch« nennenden Regierungen etwa in Griechenland, Portugal und Spanien dem Diktat der EU widerstandslos beugten, nicht einmal taktische Scheingefechte fochten, wie es die Konservativen betreffender Länder vor-machten. Während sich die Konservativen immer auf das enge Partikularinteresse ihrer sie tragenden (Kapital-)Gruppen zurückziehen können – und gerade deshalb dabei als Führungskräfte versagen –, ist fraglich, was bei allen strukturellen Zwängen eigentlich die so genannten Mitte-Links-Regierungen motivierte. Dies zeigt nicht nur, wie tief

die neoliberale Ideologie auch in sozialdemokratischen Kreisen nach wie vor verankert ist, offenbart vielmehr auch ihr Versagen mit Blick auf ihr Eigeninteresse des Machterhalts. Und weder Labour noch SPD können mit einer Politik des »wir sparen auch, aber besser« eine überzeugende Alternative präsentieren, was sich in niedrigen Umfragewerten niederschlägt.

Das Versagen der führenden Klassen und die Dynamik der Krise führen zu wachsenden Widersprüchen im und einer beginnenden Neuzusammensetzung des Machtblocks. Holzschnittartig und etwas schematisch lässt sich ein Muster der Neuordnungen im Machtblock im Verlauf einer hegemonialen Periode zeichnen (ausführlich Candeias 2004): Zunächst erfolgt die Durchsetzung eines neuen hegemonialen Projekts als Prozess von Destruktion, Integration, Neubildung und Institutionalisierung, bei paralleler Ausgrenzung und Zerschlagung nicht-integrierter Gruppen. Es folgt die Erschöpfung einer ersten Konjunktur eines hegemonialen Projekts durch Sichtbarwerden erster Widersprüche und Rekonstruktion oppositioneller Gruppen. Der Aufstieg subalternen Gruppen des Machtblocks, z.B. der Sozialdemokratie zur führenden Gruppe innerhalb des neoliberalen Machtblocks, führt zur Verallgemeinerung eines hegemonialen Projekts. Gegen Ende dieser zweiten Konjunktur zeigen sich erste Erschöpfungen der Integrationsmöglichkeiten aufgrund struktureller Grenzen des Projekts. In Folge wachsender Risse erfolgt in der darauffolgenden Konjunktur häufig eine autoritäre Wendung und eine Zunahme von Krisen – bevor Widersprüche sich schließlich so verdichten, dass die Krise zu einer organischen wird. Jedes Mal geht es um einen konjunkturellen Wechsel in der Führung des Machtblocks bei Reartikulation der ideologischen Grundlagen. Ideologie ist dabei institutionalisiert, zum Staat geworden, im Alltagsverstand bis in die Körper eingeschrieben – setzt eine strukturelle Hegemonie. Diese bricht nur langsam um, auch in der organischen Krise, auch wenn die Verunsicherung, dass es so nicht bleiben wird, wächst.

5. Passive Revolution ohne Führung?

Die »grassierende Verunsicherung« wird für Rilling von einer »Dynamik des Übergangs« in einen grünpkapitalistischen Akkumulationspfad begleitet (2011: 135, vgl. Candeias/Kuhn 2008). Zugleich bezweifelt er, ob

er »das Potenzial entwickeln kann, das finanzmarktgetriebene und weit- hin neoliberal geprägte Entwicklungsmuster zu verlassen« (ebd.: 135f.). Dies verweist eher auf Widersprüche innerhalb des Machtblocks.

Das Projekt eines grünen Kapitalismus zielt anders als die Strategie der Restauration auf Erneuerung im Sinne einer passiven Revolution (Gramsci, Gef. 1: 102): Diese strebt nach Revolutionierung aller Verhältnisse, nicht nur Wiederherstellung der Ordnung, sondern Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft vorantreibend. Das passive Element besteht darin, Interessen der Subalternen zwar herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben (Trasformismo). Das schillernde politische Projekt einer »Green Economy« verbindet vor dem Hintergrund der Vielfachkrise die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energiewende und ökologische Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen. Diese Verbindung von Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Reproduktions-, Beschäftigungs- und Klimakrise in einem konsistenten Programm ist verbunden mit einer Perspektive und der Produktion und Vermittlung von Sinn: Der grüne Kapitalismus greift Unsicherheiten, Bedürfnisse und Interessen auf, die neben Beschäftigung, wirtschaftlicher Entwicklung und Innovation auch für eine ökologischere Lebensweise und mehr demokratische Mitbestimmung eintreten. Er bietet das grundlegende Potenzial für einen neuen gesellschaftlichen Konsens und für eine Relegitimierung der Marktwirtschaft.

Befördert wurden diese Vorstellungen insbesondere durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen IPCC und transnationaler Forschungsgruppen sowie die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore. Verfechter sind neben den europäischen Grünen Parteien große NGOs wie der WWF, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern, die New Economics Foundation und die UN. Hinter einem grünen Kapitalismus stehen auch aufsteigende Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen, die Aufträge bei der Effizienzoptimierung erwarten, Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der großen Energieversor-

ger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Anlagenbauer wie Siemens, Automobilkonzerne, die sich von »green cars« und E-Autos ein neues Geschäftsfeld erhoffen, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF, die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln, selbst Ölkonzerne wie BP, die sich in »Beyond Petrol« umbenannt haben, sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen) sowie eine Vielzahl von eher klein- und mittelständischen grünen Lebensmittel- und Konsumwarenherstellern, die prägenden Einfluss auf Lebensstile nehmen.

Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien wird auf etliche Billionen Dollar anwachsen. Der Weltmarkt für GreenTech war laut Roland Berger mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro bereits 2007 größer als der für Maschinenbau. Bis 2020 wird sich der Umsatz auf 3,2 Billionen vorsichtig geschätzt mehr als verdoppeln. Wenn Investitionen getätigt werden, dann hier: Drei von vier Firmen in Deutschland legen nach einer Umfrage von Siemens Financial Services im Bereich GreenTech ihren Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre. Schon jetzt hat sich hierzulande bei erneuerbaren Energien die Beschäftigung seit 2004 mehr als verdoppelt (340.000 Beschäftigte, IMU 2011). GreenTech-Firmen bieten hierzulande Beschäftigung für über eine Million Menschen und erbringen gut acht Prozent der Wirtschaftsleistung. Solar-Investitionen sollen sich bis 2015 verdoppeln. Private Equity Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshore-Parks vor der deutschen Küste – eine Energieeinspeisevergütung von 150 Euro pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen eine Rendite von 10-20% ermöglichen. Eine Studie im Auftrag des World Wide Fund For Nature (WWF) errechnet, dass in den kommenden 30 Jahren weltweit rund 350 Billionen US-Dollar in den Ausbau und Betrieb allein konventioneller städtischer Infrastruktur investiert werden müssen, um diese funktionstüchtig zu halten. Wenn aus diesem Gesamtvolumen im gleichen Zeitraum rund 22 Billionen US-Dollar für Investitionen in städtische Öko-Infrastruktur wie energieeffizienten Wohnungsbau, emissionsarme Fahrzeug- und Logistiksysteme etc. und Green IT investiert würden, könne der durch urbane Infrastruktur erzeugte CO₂-Ausstoß um bis zu 50% gesenkt werden. Der Markt für

grüne Technologien ist schwer abgrenzbar, die unterschiedlichen Bereiche zusammengenommen haben aber unbestreitbar ein Potenzial wie kaum ein anderer. Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll GreenTech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern.

Es ist wohl keine Frage, ob es zu einer »ökologischen« Modernisierung kommt oder nicht, sondern welcher Art diese sein wird. Konzepte eines sozial-libertären Green New Deal, die soziale und ökologische Fragen zu verbinden suchen, konkurrieren mit Vorstellungen eines grünen Kapitalismus (Fücks) bzw. eines Kapitalismus 3.0 (Barnes), der nach der erfolgreichen »sozialen Zivilisierung« im 20. Jahrhundert nun die ökologische vollzieht. Es geht nur noch um die zukunftsfähige Form des Kapitalismus, seine Überwindung ist von gestern (Rilling 2011: 135). In der Bundesrepublik bildet der sozial-libertäre Green New Deal den programmatischen Kern eines rot-grünen Lagers, der grüne Kapitalismus den eines schwarz-grünen – die Linke ist darin nicht vorgesehen (ebd.). Beide Lager verstehen sich als Antipoden zu einem business as usual neoliberaler Art. Die Grünen haben es (vorläufig) geschafft, sich für beide Varianten einer ökologischen Erneuerung als führend im Bewusstsein der Wähler zu etablieren. Die CDU/CSU versucht sich recht geschickt, sowohl als Hüterin stabilitätsorientierter, konservativer (lies: neoliberaler) Werte wie als Protagonistin einer maßvollen ökologischen Modernisierung und Garantin sozialer Mindeststandards (Mindestlohndebatte) zu etablieren. Grüne und CDU/CSU erklären beide den Konflikt zwischen ihnen zum zentralen parteipolitischen Konflikt bis 2013, betrachten sich als Hauptkonkurrenten. Doch geprägt ist die Situation ebenso von einem Ereignis, einem schwarz-grünen Post-Fukushima-Atomkonsens und der damit verbundenen neuen Dynamik des Übergangs in einen postnuklearen und postfossilen Akkumulationspfad (ebd.).

Unabhängig davon, welchem politischen Lager es gelingt, unter seiner Führung andere Gruppen in eine Neuordnung des Machtblocks zu integrieren, kapitalgetrieben findet die Entwicklung zu einem grünen Kapitalismus bereits statt. Tatsächlich setzen die Konzepte eines Kapitalismus 3.0 auf diese kreative Kraft innovativer Unternehmen. In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, eine führende Rolle zu übernehmen, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die Oligopolisten der Stromversorgung. Favorisiert

werden marktförmige und technische Lösungen (techno fixes), einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Off-shore-Windparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Exportgut. Die fossilistischen Autokonzerne setzen auf E-Autos und neue städtische Car-Sharingmodelle (Candeias u.a. 2011). IT-Unternehmen, Stromkonzerne, Bahn und kommunale Betriebe konkurrieren um den Aufbau entsprechender Infrastrukturen.

6. Blockaden: Kapital vs. Kapital ohne führende Gruppe?

Vor dem Hintergrund der gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist die Durchsetzung eines sozial-libertären Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus. Denn letzterer weist durchaus Kontinuitäten zum Neoliberalismus auf: Etwa die Fortführung und Intensivierung einer globalen »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) im Bereich natürlicher Ressourcen bis hin zu Landgrabbing und XtremeEnergy; auch die Individualisierung von Umweltproblemen (der »aufgeklärte Konsument«) zeugt ebenso von Kontinuitäten wie der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Insofern wird nicht nur eine begrenzte Finanzmarktregulierung angestrebt, vielmehr werden neue Instrumente entwickelt. Sozial-ökologische Ungleichheiten werden nicht thematisiert, sondern auf die individuelle Ebene verschoben.

Wie die IT-Revolution die technische Basis für die Globalisierung bereitstellte, soll GreenTech die Grundlage für einen ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktionsweise liefern. Dafür braucht es jedoch eine klare und bindende ökologische Regulierung, möglichst marktförmig, um Investitionssicherheit zu gewährleisten und gar neue Anlagensphären zu eröffnen, etwa im Zertifikatehandel, der bislang kaum funktioniert. Ein so weitgehender Umbau wird allein durch die Marktkräfte nicht zu bewerkstelligen sein, sodass auch Kapitalgruppen wie der Energiekonzern Eon öffentliche Investitionen fordern, um etwa die Energie- und Verkehrsinfrastrukturen umzubauen. Auch eine (begrenzt) höhere Besteuerung von Vermögen und eine Reregulierung der Finanzmärkte

wird durchaus befürwortet, um die nötigen Mittel für Investitionen zu erwirtschaften und ökonomische Ungleichgewichte zu dämpfen. An eine direkte Umverteilung von oben nach unten ist nicht gedacht.

In der aktiven Rolle des Staates und der Rolle von Reregulierung und Besteuerung liegt das Konfliktpotenzial zwischen autoritärem Neoliberalismus und grünpolitikalischer Erneuerung. Letztere ist durch austeritätspolitische Blockaden in ihrer Dynamik behindert. Ohne massive staatliche Investitionsprogramme wird es auch keine konservative Energiewende geben. Auch über das Tempo des Umbaus besteht Uneinigkeit zwischen den beteiligten Kapitalgruppen: Die fossilistischen Kapitalgruppen, die nun auf den grünpolitikalistischen Zug aufspringen, wollen einen möglichst langsamen Übergang, um altes Fixkapital noch zu verwerten und den Rückstand bei der GreenTech aufzuholen. Die neuen grünen Kapitalgruppen, nicht zuletzt der Solarindustrie, sind auf einen raschen Übergang angewiesen, um Größeneffekte in einem wachsenden Markt zu realisieren. Im bestehenden, nur begrenzten und hart umkämpften Markt ist ihre Existenz gefährdet. Einen sanften Übergang wird es nicht geben, schon aufgrund der Notwendigkeit der Schrumpfung der Produktion fossilistischer Kapitalgruppen. Vielleicht werden auch die Vertreter eines grünen Kapitalismus sich entscheiden müssen: für eine weiter verschärfte autoritäre Wendung innerhalb des Neoliberalismus mit eingeschränkten Expansionsmöglichkeiten oder gar für eine sozial-libertäre Variante eines Green New Deal?

Doch noch gibt es keinen grünpolitikalistischen Block, das Projekt ist politisch durch die radikale Austeritätspolitik blockiert. Auch das ist nicht ungewöhnlich für Transformationen in der organischen Krise. Bestimmte Kapitalgruppen gehen voran. Eine vorsichtige Analogie: Auch die fordistische Produktionsweise setzte sich in den 1920er Jahren durch, lange bevor eine entsprechende fordistische Lebens- und Regulationsweise entwickelt wurde. Nun entwickelt sich eine grünpolitikalistische Produktionsweise, ohne dass die Regulation, Lebens- und Konsumweise bereits ähnlich deutlichen Veränderungen unterworfen ist. Es mangelt noch an einer klaren politischen Führungsgruppe, vor allem international. Doch erst bei einem Entsprechungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise ergibt sich auch ein funktionierender Kapitalkreislauf.

In der Bundesrepublik finden sich sicher die stärksten grünpolitikalistischen Fraktionen, während die Führung zwischen rot-grünem und

schwarz-grünem Lager noch umstritten ist. Ansonsten finden sich so klare Orientierungen nur im kleinen Israel, teilweise im faktisch bankrotten Ex-Industrieland Großbritannien, den skandinavischen Ländern und den Niederlanden. In den USA weckte Obama Hoffnungen auf eine Green Economy. Er besetzte die drei Posten des Energieministers, der Umweltministerin und der Vorsitzenden des Umweltrates im Weißen Haus mit ausgewiesenen Bekennern einer ökologischen Wende. Immerhin erstmals in der Geschichte der USA wurden Obergrenzen für den Ausstoß von Kohlendioxid festgelegt. Kern des Klimaschutzgesetzes ist eine Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 17% bis 2020. Ausgangspunkt ist das Jahr 2005. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird eine Verringerung um 80% gefordert. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Handel mit Emissionsrechten eingeführt werden – schön marktförmig eben. Allerdings wurden die für eine grünpolitische Periode nötigen keynesianisch inspirierten Investitions- und Förderprogramme gebremst, zunächst durch die Krise und nun durch die austeritätspolitische Wende. Der Kampf um den härteren Sparkurs zwischen Republikanern und Demokraten hat den Einstieg vorzeitig beendet. Obama hat den geschichtlichen »Roosevelt-Moment« (vorerst) verpasst. Wer soll nach dem vorläufigen Scheitern Obamas das gesellschaftliche Projekt einer Green Economy anführen?

Die Krise internationaler Organisationen in Folge der Re-Nationalisierung des Krisenmanagements stellt auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem das neoliberale Projekt einst maßgeblich befördernden transnationalen Machtblock und einem möglichen neuen Projekt eines grünen Kapitalismus. Die Risse im »postterritorialen, informellen Empire« (Rilling 2008: 50) haben sich verschoben: Der transnationale neoliberale Machtblock ist in seinen politischen Momenten erschüttert – das transnationale Kapital konnte eine Re-Regulierung von Finanzmärkten und Welthandel oder eine Ausweitung von Protektionismus zwar bislang erfolgreich abwehren, politisch jedoch sind Organisationen wie die WTO oder die G20 gelähmt. Zugleich gibt es jenseits der UN Rio+20-Konferenz bislang kaum Ansätze eines transnationalen grünpolitischen Machtblocks – im Gegenteil: Auf den GreenTech-Märkten herrscht ein gnadenloser Konkurrenzkampf um eine vorteilhafte Exportposition (Kaufmann/Müller 2009).

In vorderster Front steht dabei China: Stefan Schmalz spricht in der *LuXemburg* von einem technokratisch-autoritären Green New Deal,

der dort staatlich gesteuert bereits umgesetzt wird. »Unter der Zielsetzung einer ›Harmonischen Gesellschaft‹ strebt die KPCh eine ökologische (und soziale) Umorientierung an.« (2011: 31) Die Umweltaufgaben wurden vervielfacht, ein eigenständiges Umweltministerium geschaffen, Umweltauflagen verschärft. China hat mittlerweile die wichtigsten internationalen Umweltabkommen wie das Montreal Protocol oder die UN Convention on Biological Diversity ratifiziert. Außerdem legt das Land große Programme auf: Im Jahr 2008 wurden rund 600 Mrd. US\$ in ein Programm für Klimaschutz und Umweltschutz investiert, etwa zur Wiederaufforstung und zur alternativen Energiegewinnung. Der Anteil erneuerbarer Energien soll von 8% (2007) auf 15% im Jahre 2020 angehoben werden. China ist bereits 2008 der weltweit zweitgrößte Förderer erneuerbarer Energien und hat mittlerweile die Bundesrepublik als weltgrößten Solarproduzenten abgelöst. Im jüngst verabschiedeten XII. Fünfjahresplan wird die Umwelttechnologie als Schlüssel für die ökonomische Entwicklung definiert. Entsprechend wird eine Förderung von über 600 Mrd. US\$ (2011 bis 2015) vorgesehen. Außerdem wird eine Steigerung der Energieeffizienz um 16% und eine Senkung des CO₂-Austoßes um 17%, des Wasserverbrauchs sogar um 30% angestrebt. Produktionsstätten, die das nicht schaffen, werden bereits jetzt zu tausenden stillgelegt. Wie kein anderes Land fördert es mit 3,3 Mrd. Euro pro Jahr die Entwicklung der Elektromobilität und ist führend im Bereich Batterietechnologie. Zugleich nutzt das Land unter der Führung der KP sämtliche fossilistische Strategien bis zum Exzess aus, inklusive der so genannten XtremeEnergy wie Ölsande aus Kanada. Klassisch fossilistische Entwicklung wird unter staatlicher Steuerung kombiniert mit dem Einstieg in grünpunkapitalistische Akkumulation – angesichts der Überkompensation der grünen durch die fossilistische Wachstumsstrategie auf Kosten ökologischer Zerstörung.

Zur Überwindung der Krise hin zu einer möglichen neuen Periode kapitalistischer Entwicklung bedürfen die herrschenden Klassen einer Neuordnung der Kräfteverhältnisse zwischen alten Finanz- und fossilistischen Kapitalgruppen einerseits und den grünpunkapitalistischen Gruppen andererseits. Dies kann das Kapital kaum selbst zu Wege bringen ohne eine klare politische Führungsgruppe, die einem solchen hegemonialen Projekt jenseits der engen Kapitalinteressen dazu verhilft, zum »Staat« zu werden. Insofern muss die Eingangsfrage korrigiert werden: Es wird deutlich, die Neoliberalen herrschen, aber wer führt eigentlich? »Die

Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.« (Gramsci, Gef. 1: 354; vgl. Candeias 2011) Freilich sollten wir uns nicht zu sehr den Kopf der Herrschenden zerbrechen, als vielmehr eigene Perspektiven eines grünen Sozialismus entwickeln.

Literatur

- Candeias, Mario (2009): Neoliberalismus. Hochttechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin/Hamburg, Neuaufl.
- Ders. (2010a): Griechenland entschulden!, in: mehring1, <http://ifg.rosalux.de/2010/05/06/griechenland-entschulden>.
- Ders. (2010b): Schuldenkrise. Die Lust am Selbstmord, in: mehring1, <http://ifg.rosalux.de/2010/05/13/schuldenkrise-die-lust-am-selbstmord>.
- Ders. (2011): Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: A. Demirović u.a. (Hrsg.), *VielfachKrise*, Hamburg, S. 45-62.
- Ders./Armin Kuhn (2008): Grüner New Deal. Ein kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50.Jg., S. 805-12.
- Ders./Rilling, Rainer/Röttger, Bernd/ Thimmel, Stefan (2011) (Hrsg.): *Globale Ökonomie des Autos – Mobilität, Arbeit, Konversion*, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, Bd. 1-10, hrsg. v. W.F. Haug u.a., Berlin/Hamburg.
- Kaufmann, Stephan/Tadzio Müller (2009): *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, hrsg. v. M. Candeias, Reihe einundzwanzig der RLS, Berlin.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2004): *Herrschende Klassen*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6/I, hrsg. v. W.F.Haug, Berlin-Hamburg, S. 161-89.
- Poulantzas, Nicos (1973): *Klassen im Kapitalismus heute*, Hamburg.
- Rilling, Rainer (1982): *Das vergessene Bürgertum*, in: *Das Argument* 131, S. 34-47.
- Ders. (2008): *Risse im Empire*, Berlin.
- Ders. (2011): »Notizen zur Analyse der herrschenden Klasse(n)«, Beitrag zur Konferenz »Politikwissenschaft – Zur Erinnerung an das Werk des marxistischen Sozialwissenschaftlers und Faschismusforschers Rainer Opitz (1934-1986)«, 19./20.11.2011, Köln.
- Ders. (2011): *Wenn die Hütte brennt...*, in: *LuXemburg* 3, 3. Jg., S. 134-39.
- Schmalz, Stefan (2011): *Chinas technokratischer New Deal*, in: *LuXemburg* 1, 3. Jg., S. 30-35.
- Wahl, Peter (2010): *Fighting Fire with Buckets. A Guide to European Regulation of Financial Markets*, WEED, Berlin; www2.weed-online.org/uploads/guide_to_eu_regulation_of_finance_weed.pdf.

Dieter Klein

Entkopplungen – Aktuelle Erinnerungen an eher kuriose Erlebnisse

*Vielleicht hat ja bisher nur niemand der Kanzlerin
die Geschichten über den Generalsekretär und den Armeegeneral
und ihren bösen Ausgang erzählt.*

Die Staatsangestellten, Lehrer, Arbeiter, Hausfrauen, Studierenden, Busfahrer und Rentner, die Männer und Frauen, die in Griechenland, Portugal und Spanien gegen die ihnen auferlegten Sparprogramme streiken und demonstrieren, wissen besser als ihre Regierenden, dass ihnen die falsche Medizin verordnet wird. Die Jugendlichen in Nordafrika wissen, dass sie nur im Aufstand gegen die Mächtigen eine Zukunft haben. Die Atomkraft- und CCS-Gegner in Deutschland wissen besser als die Energiekonzerne, was Not tut auf diesem Überlebensfeld. Die neue Bewegung »Occupy Wall Street« in den USA weiß es besser als die Banken. Am 15. Oktober 2011 nahmen hunderttausende Demonstrierende in rund tausend oder mehr Städten aus 80 Ländern der Erde die ursprünglich von den Madrider »Indignados«, den Entrüsteten, ausgegangene New Yorker Anklage gegen das internationale Finanzkapital auf.

Die Machteliten reagieren auf die andauernde Banken- und Staatsschuldenkrise, indem sie die Banken immer wieder mit neuem Kapital versorgen und nach gewohntem neoliberalen Konzept die Lohnabhängigen und sozial Schwächeren schröpfen. Einstweilen ist zwar auf den Feuilletonseiten der bürgerlichen Medien angekommen, dass dies auf Dauer die Grundlagen der Demokratie zerstört. Doch der harte Kern des herrschenden Machtblocks verweigert sich dieser Einsicht. Er leidet unter schweren Kommunikationsstörungen. Die Kanzlerin beehrt zwar regelmäßig die CeBiT mit ihrem Besuch, die weltweit wichtigste Messe der digitalen Industrie, das Mekka der Information und Kommunikation. Aber das hilft ihr nicht; ihre Regierung hat schlicht den Draht zu den Regierten verloren. Dazu gehört auch die Unfähigkeit, die Bedenken kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, von Künstlerinnen und Künstlern aufzunehmen. Erst recht gehört dazu die Resistenz gegen die Kritik ausgemachter Linker.

Rainer Rilling hat viele Jahre als Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an klugen Angeboten für die Politik der Bundesrepublik mitgewirkt. Er hat dies zudem in vielen seiner Publikationen getan. Es ist ein Ausdruck seiner widerständigen und querdenkerischen Haltung, dass er beispielsweise in der Zeitschrift LuXemburg einen Beitrag kommentierte, in dem es um das literarische Book Shield geht. Demonstrierende halten den Knüppeln der Polizei auf ihren Schutzschilden mit der Nennung klassischer Buchtitel den Verweis auf große Werke der Weltliteratur entgegen. So legen sie, wie Rilling schreibt, symbolisch bloß, dass die Macht sich nicht scheut, auch gegen Geist und Schönheit gewaltsam vorzugehen. Meist allerdings wird der Geist einfach achtlos beiseite gelassen.

Aus dem östlichen Deutschland kommend verfüge ich über Erfahrung mit den Resultaten der Taubheit von Regierenden gegenüber der Stimmung im Volke und mit den Folgen der Missachtung kritischer Stimmen aus der Wissenschaft. Zwei Begebnisse aus dem DDR-Geschehen mögen dies verdeutlichen. Sie sind nicht von dramatischer Art. Eher haben sie etwas Burleskes an sich – aber Rainer Rilling hat neben vielen anderen sympathischen Eigenschaften auch die, erstarrte Sprech-, Schreib- und Denkweisen nicht zu mögen und selbst nicht zu pflegen. Er hat zudem einen Sinn für Merkwürdigkeiten. Also mag die hier vorgelegte eigenartige Mischung von kuriosen Impressionen und ernstem Gegenwartsbezug in einem ihm gewidmeten Beitrag legitim sein. Die zu erzählenden Geschichten sind Illustrationen einer Entkopplung der Mächtigen vom Volke und von seinen Intellektuellen. Diese Entkopplung war allerdings Teil des Untergangs der Staatssozialismus. Dies ist mit einem Blick auf gegenwärtige Entkopplungen zu bedenken.

Da hatte nach einigen Jahren der Ausbildung von Finanzökonomien für die Armee an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität der oberste Armeegeneral, Heinz Hoffmann, seine höchstpersönliche Teilnahme an einer Zusammenkunft zwischen Professoren der Universität und hochrangigen Offizieren in der Professorenmensa der Universität zum Zwecke des Dankes an die Lehrenden angekündigt. Der Armeegeneral stellte auch an diesem Abend seine Trinkfestigkeit unter Beweis. Die rund um ihn versammelten Offiziere versuchten vergeblich, mit ihm mitzuhalten. Es war zu fortgeschrittener Stunde, als der Finanzgeneral in der Runde sich schwankend zu einem Trinkspruch erhob. »Ich trinke«, sprach er mit Mühe, »ich trinke

auf den Genossen Armeegeneral als auf die Macht, und ich trinke, ich trinke auf unsere Professoren als auf den Geist«. Immerhin – er wollte auf einen wünschenswerten Zusammenhang verweisen. Und sah sich zufrieden um in der Runde. Aber der Armeegeneral blickte böse. Seine nicht abwegige Verortung abseits des Geistes gefiel ihm nicht. Als dies die anderen bemerkten, unterdrückten auch sie ihre Fröhlichkeit und schauten ebenfalls grimmig drein. Der Finanzgeneral hatte Mühe, dieses unerwartete Resultat seiner dialektisch gedachten Tischrede zu verarbeiten. Als er den Pferdefuß darin erfasst hatte, erhob er sich erneut und fügte, die vorangegangene Entgegensetzung nun erst recht unterstreichend, hinzu: »Und auf den Geist des Genossen Armeegeneral natürlich.« Der Rapport am kommenden Montag, so wurde ihm beschieden, würde ihm keine Freude bereiten.

Die Macht mag dem Geist nicht freundlich gesinnt sein, doch sie reagiert empfindlich, wenn ihr – und sei es auch nur versehentlich in diesem Fall – ihre Ferne vom geistigen Potenzial bescheinigt wird. Ich vermag nicht einzuschätzen, ob die heute Mächtigen sich mit derlei Empfindsamkeiten abgeben. Sie nehmen allerdings in Kauf, dass ihre Politik der permanenten Stützung eben jener Finanzmächte, die die globale Wirtschaft in schwerste Turbulenzen hinein manövriert haben, als dem gesunden Menschenverstand widersprechend angesehen werden muss. Und sie praktizieren eine andauernde Missachtung des Gerechtigkeitsempfindens der internationalen Öffentlichkeit. Sie handeln vorbei an Grundstimmungen im Volke, auch an modernen Diskursen in der Wissenschaft über nachhaltige Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums, über Erneuerung der Demokratie durch Empowerment von unten, über eine notwendige Stärkung der Commons anstelle fortschreitender Privatisierungen.

Als ein anschauliches Beispiel des Aneinander-Vorbei von Exponenten der Macht und der an der Macht nicht Beteiligten sei hier eine weitere Begebenheit aus DDR-Zeiten berichtet.

Das Politbüro der SED hatte beschlossen, dass einem Mangel in der Hauptstadt des Landes abgeholfen werden sollte. Dem Mangel an einem Denkmal für die nach Erich Honecker Meistzitierten im Staate, für die als geistige Vorväter der DDR Okkupierten, für Marx und Engels also.

Der Bildhauer Ludwig Engelhardt wurde auserkoren, diesen beiden Gestalt zu geben. Ihm ging es aber nicht nur um ihre Gestalt, son-

dern gleich noch um ihren Platz nicht allein in der Mitte Berlins, sondern auch in der Geschichte. Seine Vorstellung war, dass es um diesen trübe bestellt gewesen war, in früheren Zeiten zunächst. Sein Bildhauerkollege Stötzer übernahm es, diesen historischen Zustand in ein steinernes Halbr relief zu verwandeln. Es zeigt menschliche Figuren, auf denen sichtbar ihr schweres Schicksal lastet, teils bedingt durch einen geringen Stand ihrer produktiven Kräfte, teils aber auch durch die sie bedrückenden sozialen Verhältnisse vor den befreienden Ideen der beiden Hauptakteure des Denkmalarrangements.

Marx und Engels schauen seitdem, dem Westen den Rücken kehrend und die Stötzersche Enge zunächst wenigstens geistig überwindend, in eine erfreuliche Zukunft. Sie tun das nicht ohne Schwierigkeiten, die auch sie im Politbüro hatten. Denn nach Engelhardts Vorstellung hat Marx die Zukunft im Sitzen erdacht, Engels eher im Stehen, beide jedoch ohne großes revolutionäres Pathos und gemessen an der Weite des Platzes, auf dem sie angesiedelt wurden, in eher bescheidener Größe. Gewöhnt an die Hochhausmaßstäbe, nach denen einst Wladimir Iljitsch Lenin geehrt wurde, ehe er in Nachwendezzeiten abhanden kam, und an das Zyklophenaupt Ernst Thälmanns im Prenzlauer Berg, mochte das manchen Mitgliedern des Auftrag erteilenden Büros befremdlich erscheinen. Aber Engelhardt bestand auf menschnahen Maßen der beiden Großen.

Und hatte vorgesehen, dass auf acht Stahlstelen mit eingravierten Fotos aus aller Welt belegt werden möge, was Marx und Engels voraus bedacht hatten. Dem Fotografen Arno Fischer und dem Filmemacher Peter Voigt fiel es zu, in Fotoarchiven rund um die Erde die geeigneten Fotodokumente zusammenzutragen. Mit Peter Voigt hatte ich einige Zeit zuvor beratend an zwei seiner Dokumentarfilme zusammengearbeitet. Und so wurde mir die Aufgabe zuteil, mit gutem Rat darauf hinzuwirken, dass in den Fotos die zentralen Themen, die historisch wichtigsten Ereignisse und deren menschliche Dimensionen ihren angemessenen Platz fänden.

Es würde ein eigenes Kapitel füllen zu schildern, unter welchen Schwierigkeiten aus den schließlich verfügbaren 5.000 Fotos die 140 bestimmt wurden, die ihren Platz auf den Stelen finden sollten. Denn unser Auftraggeber, vertreten durch den für Wissenschaft und Ideologie Zuständigen im Politbüro, bestand beispielsweise darauf, sozialistische Verhältnisse ganz einfach durch strahlende Gesichter zu kennzeichnen,

und vermutete in angespannten Mienen von arbeitenden Menschen, in einer müden Haltung der von ihrer Arbeit Heimkehrenden oder in den Schweißperlen eines Volksarmisten nach einem Gewaltmarsch defätistische Tendenzen der Denkmalsbeteiligten. Sicher könnte es den obersten Hüter von Ideologie und Wissenschaft in ein zu günstiges Licht setzen, wenn hier der Objektivität halber vermerkt wird, dass er immerhin stundenlang mit den drei für die in Stahl zu grabenden Fotos Verantwortlichen disputierte, um ihnen seine eigenartig vom Leben entfernte Vorstellung von »unseren Menschen« zu vermitteln. Aber davon soll hier nicht die Rede sein. Denn zu berichten ist von einer Begegnung mit einem weiteren Vertreter der Staatsführung, genauer gesagt, mit dem Vertreter, mit Erich Honecker, dem Generalsekretär.

Die Denkmalsarbeit war bereits vorangeschritten. Ludwig Engelhardt hatte einen guten Teil seiner Lebenskräfte an mehr als ein Dutzend Gipsköpfe bei seinen Versuchen zur Annäherung an Marxens Haupt verloren. Stötzers vorsozialistische Werkträger litten ebenfalls in Gestalt eines Gipsentwurfes. Aus tausenden Fotos waren bereits vierhundert in die engere Wahl gezogen. Und auch die ersten Entwürfe von Reliefs, die die von den beiden Alten beschworene Zukunft der Menschheit symbolisierten, waren bereits zu besichtigen. Da kündigte der Generalsekretär einen Zwischenbesuch an.

Der Besuch sollte im Marstall stattfinden, nahe dem künftigen Standort des Denkmals. Dessen verschiedene Elemente wurden in ihrem Entwurfszustand in einen großen Saal des Marstalls geschafft und harnten dort gespannt des Urteils ihres obersten Auftraggebers. Interessiert an diesem Urteil – als Orientierung für eigene Begeisterung oder Verdammung nämlich – war auch eine riesige Zahl anderer. Alle, die in der Kulturpolitik etwas zu sagen oder zu wiederholen hatten, meldeten ihren Besuch an. Vor allem solche, die von Kunst eher wenig verstanden. Es war vorauszusehen, dass eine Menschenmasse den armen Generalsekretär umdrängen und jegliche ruhige Betrachtung der Entwürfe ausschließen würde.

Deshalb wurde unter Schwierigkeiten und mit Hilfe des umgänglichen Kulturministers ein ungewöhnliches Arrangement verabredet. Ludwig Engelhardt allein würde den Staatsratsvorsitzenden durch den Saal führen. Alle anderen hätten sich zunächst zurückzuhalten. Dem Vorsitzenden würde Stötzer zu seinen bedrückten Figuren, Engelhardt selbst zu den beiden Hauptgestalten, wir für die Fotoauswahl Verant-

wortlichen und die für lichte Zukunft zuständige Bildhauerin Felicitas Auskunft geben, wenn sie gewünscht werde. Und erst danach, so wurde vorgesehen, könnten alle Zugelassenen die Nähe des Generalsekretärs suchen, wenn sie denn deren bedürften und er noch anwesend sei.

Ludwig Engelhardt bereitete sich auf das Ereignis vor, das entweder beneidenswerte Anerkennung oder fatalen Ärger versprach. Unter der Anspannung litt er mehr noch als gewohnt an Kreislaufschwierigkeiten, denen er auf eigenartige Weise zu begegnen suchte. Eine halbe Stunde vor Eintreffen des Generalsekretärs und Vorsitzenden des Staatsrats zog er sich in einen stillen Raum zurück und hängte sich dort auf. In den Kniekehlen nämlich an einem rechteckigen Gerät ähnlich den einst auf Hinterhöfen aufgestellten Teppichklopfstangen und mit dem Kopf nach unten – in Erwartung des hohen Besuches, kräftiger Durchblutung des eigenen Hauptes und daraus folgender größerer Überzeugungskraft bei der Präsentation seines Werkes.

Der Generalsekretär erschien zu vereinbarter Stunde. Das geladene Publikum verharnte gespannt an den Wänden. Der Vorsitzende besichtigte etwa eine Stunde lang die einstweiligen Resultate seines Auftrages in lebhaftem Gespräch mit Ludwig Engelhardt und zeigte sich höchst zufrieden mit dem, was er ausgelöst hatte.

Als er entschwinden war, stürzten sich die Anwesenden auf Ludwig Engelhardt, begierig zu erfahren, was das Urteil der allerhöchsten Instanz denn sei. »Und, Engelhardt, was hat er denn gesagt??« Ludwig Engelhardt seufzte tief: »Da hat man nun Jahre an Marxens Kopf gearbeitet, bis zur Verzweiflung fast. Und dann kommt der Mann und stellt seine Fragen so leise, dass man kein Wort verstehen kann!« »Aber, Ludwig, Du hast ihm doch, wie zu erkennen war, geantwortet.« »Ja, schon«, sprach Engelhardt, »was sollte ich denn anderes tun? Nur, seine Fragen hatte ich nicht verstanden. Aber ich glaube, er war zufrieden.«

Ich hatte ein schönes Exempel des Dialogs zwischen Führung und Volk erlebt, zwischen Partei und Intelligencia. Es war dies allerdings ein eher symbolhaft-symptomatisches und kurioses Beispiel und eines der harmlosesten dazu für die Ferne der Machteliten der DDR vom Volk und seinen Intellektuellen. Der Staatssozialismus schloss seit der gewaltsamen Auflösung der gerade gewählten Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 – des russischen Parlaments nämlich, in dem die Bolschewiki in der Minderheit waren – bis zu seinem Ende demokratische Verhältnisse seiner diktatorischen Natur gemäß aus. Zu seinen schlimms-

ten Zeiten führte dies zur Ermordung von Millionen Menschen. In der westlichen Welt werden Parlamente auch dann nicht auseinander gejagt, wenn die von den Machteliten bevorzugten konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien nicht die Mehrheit erringen. Das kann als beachtlicher Fortschritt gelten. Aber in jüngster Zeit geschieht etwas Bemerkenswertes. Es spricht sich herum, dass dieser Fortschritt die Demokratie gleichwohl nicht vor dem Verlust ihrer Substanz bewahrt. »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen weitgehend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten. Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.«¹ »Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.«²

Nicht des Volkes Wille ist systemrelevant, sondern die Banken und Investmentfonds sind es. Nicht der Wille und die Interessen des Volkes müssen gehört und geschützt werden, sondern die Großakteure auf den globalen Finanzmärkten. Ob sie ihr Kapital in einen Staat oder auch in die Europäische Union lenken oder ob sie es im Handumdrehen abziehen, entscheidet über Wohl und Wehe ganzer Völker. Von ihnen sehen sich die verschuldeten Staaten abhängig. Deshalb müssen Banken und institutionelle Anleger, wenn sie selbst in das von ihnen verursachte Chaos geraten, mit Billionen gerettet werden, die die SteuerzahlerInnen aufzubringen haben. Dabei verschulden sich die Staaten noch mehr als ohnehin. Nach herrschender Logik müssen sie deshalb an ihren Bürgerinnen und Bürgern noch mehr als bisher sparen. Sie senken auf solche Weise deren Nachfrage und das Wirtschaftswachstum, bis ihnen womöglich der Bankrott droht. Damit sie davor durch teure Kredite von Banken und Investmentfonds gerettet werden können, müssen die Gläubigerbanken ihrerseits gerettet werden, wenn sie sich dabei und bei anderen Geschäften, beispielsweise durch die Spekulation auf steigende Nahrungsgüterpreise, verzocken. Irgendwann in absehbarer Zeit wird nicht mehr genug Geld »geschöpft« werden können, mit dem sich Banken

¹ Crouch, Colin, Postdemokratie. Frankfurt a.M. 2008, S 13.

² Ebd., S 10.

und Staaten wechselseitig retten können. Irgendwann können sich die Subalternen nicht noch weiter auspressen lassen. Es werden Billionen fehlen, wenn die drohende Klimakatastrophe – einstweilen aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verdrängt – wieder in die Schlagzeilen zurückkehren wird, wenn der Klimawandel ein paar hundert Millionen Menschen mehr mit Hunger und Wassermangel bedrohen wird, wenn Ressourcenknappheit neue Kriege auslösen könnte. Aber vorerst retten unsere Machteliten die Banken, um von diesen gerettet zu werden. Losungen auf der Brooklyn Bridge wie »Profit or People« oder »We are the 99%« verhalten ungehört – noch.

Es könnte nützlich sein, sich daran zu erinnern, dass der Niedergang der Staatssozialismus besiegelt war, als die Partieliten den letzten Rest des Gefühls für die Befindlichkeit des Volkes verloren. Daniela Dahn schrieb: »Vom Verlierer nicht lernen heißt verlieren lernen.«³ Allerdings – die westlichen Machteliten sind nicht derart lernunfähig, dass der Kapitalismus so schnell wie der Staatssozialismus implodieren wird. Aber seine profitdominierten Grundstrukturen werden selbst für die flexibelsten und problembewusstesten Teile des herrschenden Machtblocks als Schranken wirken.

Nur ein breiter Block von demokratischen Gegenmächten kann diese Schranken voraussichtlich überwinden. Der Finanzmarktkapitalismus hat sich in eine absurde Konstellation hinein manövriert. Der normale Menschenverstand der betroffenen Bevölkerung vermag das besser zu empfinden als die in ihren eigenen Machtzirkeln Ein- und Abgeschlossenen. Es könnte sein, dass unsere Gegenwart künftig rückblickend als die Zeit der Wiedergeburt dieses Normalverstandes erscheinen wird, als historischer Ausgangspunkt für einen Prozess, in dem der Verstand der Mehrheit sich nach und nach der herrschaftlichen Medienmanipulation entzieht und zu sich selbst kommt. Für einen Prozess, in dem kritisches Denken Einfluss auf die Macht als Gestaltungspotenzial gewinnt und ein emanzipatorisches Gegenprojekt in den Kämpfen der kommenden Jahrzehnte reale Gestalt annimmt.

³ Dahn, Daniela, *Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen*, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 67ff.

Alex Demirović

Drei Sinngeneratoren: Kapitalismus – Demokratie – Sozialismus

1. Kapitalismus und Demokratie

Der Ausdruck des Sinngenerators geht auf einen Beitrag von Georg Boltenbeck zurück, der in der Zeitschrift LuXemburg (Heft 1/2010) veröffentlicht wurde. Er meint im Prinzip, dass es nicht ausreicht, Individuen nur als ökonomische Subjekte anzusprechen. Vielmehr muss man von Sozialismus in vielen Kontexten sprechen, um einen Sinnzusammenhang zwischen den verschiedenen sozialen Konflikten und Lösungen, zwischen Gesellschaftsanalyse, Programmatik und Praxis herzustellen; der Sinngenerator erzeugt, bündelt und potenziert Energien. Kapitalismus, Demokratie und Sozialismus sind drei solche Sinngeneratoren. Historisch und bis auf den heutigen Tag wird Demokratie sinnhaft überwiegend mit Kapitalismus verbunden, sodass sie als äquivalent gelten können: Markt und Demokratie werden als eine logisch zwingende Einheit betrachtet. In dieser Einheit soll sich die Geschichte vollenden, obwohl ihr Verhältnis zueinander mehr als konfliktreich war und Demokratie zudem nur in der restriktiven politischen Form der parlamentarischen Demokratie praktiziert wird. In der Krise des Euro im Herbst 2011 wird jedoch wieder einmal deutlich, dass dieser Zusammenhang arbiträr ist, demnach zum Guten wie zum Schlechten auch aufgelöst oder verändert werden kann. Nachdem der griechische Ministerpräsident Papandreou angekündigt hatte, er würde einen Volksentscheid über die weitere Annahme von Sparauflagen herbeiführen, wurde ihm von politischen Verantwortungsträgern der EU entgegengehalten, dass das nicht gehe. Frank Schirrmacher wies in seinem Artikel »Demokratie ist Ramsch« in der FAZ vom 2.11.2011 auf die Absurdität hin, dass von den Autoritäten des Finanzmarktes und der Politik offensichtlich erwartet wurde, dass die griechische Bevölkerung den Austeritätsmaßnahmen nicht zustimmen würde, da sie andernfalls dumm sein müssten. Die Herrschenden ahnten, dass die Weisheit der Vielen so groß ist, dass diese deswegen besser erst gar nicht gefragt werden durften. Dies zeige, so Schirrmacher, dass die Politiker schleichend die Verpflichtung auf die Demokra-

tie zerstörten. Sie seien alle schon Gefangene der Vorwegnahme von Erwartungen, die an den Finanzmärkten gehegt würden. Sieht man denn nicht, so fragt Schirmmacher, »dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen«? Er selbst gibt schon die Antwort: Was wir in Europa erlebten, »sei keine Episode, sondern ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen«. Die Konstellation ist auf diese Weise noch nicht genau genug beschrieben. Denn das Verhältnis von Ökonomie und Politik ist kein Nullsummenspiel, in dem die Politik ab- und die Ökonomie zunehmen würde. Die Gestalt der Politik selbst wird verändert: Politisch wird mit der Ökonomie geherrscht, Politik und Ökonomie gliedern und verbinden sich neu. Politische Willensbildung wird zunehmend aus breit verankerten Aushandlungsprozessen und Kompromissen sowie von transparenten Verfahren des Entscheidens und der Ausführung gelöst. Der politische Konsens und die Entscheidungen bilden sich vielfach in flexibel geschaffenen parastaatlichen Gremien zwischen wenigen Vertretern der Wirtschaft, der Verwaltung, der Politik und der Medien.

Die Situation ist gefährlich, schon seit längerem wird von Gruppen der Herrschenden durchaus ernsthaft darüber nachgedacht, dass ein autoritärer Staat wie der Chinas ökonomisch nicht zuletzt deswegen erfolgreicher sei, weil Großprojekte nicht erst im zähen Kampf mit der Bevölkerung durchgesetzt werden müssten (vgl. die Serie über Demokratie im Spiegel im Mai und Juni 2009). Der Financial Times Deutschland ist auch die Herbeiführung der Energiewende ein Argument gegen Energiedemokratie: Die Beteiligungsrechte der Bürger wären einzuschränken, Genehmigungen schneller zu erteilen und Mitwirkungsrechte in Planungsverfahren einzuschränken. Unpopuläre Entscheidungen seien zu treffen, der Atomausstieg habe für den einzelnen Bürger seinen Preis (vgl. FTD 17.11.2011). Frank Schirmmacher berichtet in seinem schon zitierten Artikel, dass ein Redakteur von Forbes eine Militärdiktatur für Griechenland als eine gute Lösung betrachtet habe. Vom Berliner Establishment wird bei www.german-foreign-policy.com berichtet (www.kalle-der-rote.de/Weniger_Demokratie_wagen-II.pdf, Zugriff: 19.2.2012), dass über diktatorische Praktiken diskutiert werde und es Sympathie für eine kommissarische Diktatur gebe. Allerdings gebe es kein Verfassungsorgan, das sich auf das Risiko der Einsetzung eines kommissarischen Diktators einlassen wolle. Eine gewisse Tendenz in

den Medien wird festgestellt, sich für dergleichen stark zu machen. Der Büroleiter von dpa in Südafrika, Laszlo Trankovits plädiert mit klassischen elitetheoretischen Argumenten in einem beim Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Buch für den Rückbau der Demokratie. Die Systeme von Führung, Planung und Zukunftsgestaltung müssten funktionstüchtig bleiben, deswegen dürfe es nicht mehr Transparenz und Partizipation geben, die Entscheidungen blockierten, sondern Kompetenz, Entschlussfreudigkeit und Führungskraft seien notwendig. Erneut erweist sich der autoritäre Etatismus als unbelehrbar. Wann jemals wären elitäre und autoritäre Lösungen erfolgreich gewesen – außer im Sinne der Erhaltung von Herrschaft und Bereicherung Weniger, einhergehend mit gesellschaftlicher Zerstörung und Vernichtung vieler Menschenleben; wann hätten Angehörige der herrschenden Klasse sich durch besondere Kompetenz oder Planung ausgezeichnet, die für alle hätte akzeptabel sein können? Die gegenwärtige, seit 2008 sich immer weiter verschärfende Krise zeigt einmal mehr, dass der kleine Kreis der Herrschenden und seine Berater die ökonomischen Gesetze nicht beherrschen, die er geschaffen hat und von deren Mechanismen er profitiert. Sie werden jeden Tag von neuem überrascht von den Folgen dessen, was sie tun. Allenfalls besteht ihre nicht gering zu schätzende Fähigkeit darin, die Gesellschaft für ihre Ziele zu gestalten und die Folgen auf alle anderen abzuwälzen. Sie beanspruchen zu definieren, was als Kompetenz oder Zukunft gilt. Wenn aber alle die Folgen zu tragen haben, dann ist es einmal mehr demokratiethoretisch festzuhalten, dass sich auch alle an denjenigen Entscheidungen beteiligen können sollten, die das zukünftige gemeinsame Zusammenleben betreffen. Die Vielen können, anstatt immer wieder nur die Gefolgschaft und das Objekt der Führer zu sein, aus der verordneten Unmündigkeit und Passivität heraustreten, um auf ihre Weise die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch zu arrangieren und zu beherrschen.

Aus materialistischer Sicht ist die in der Krise der Eurozone von vielen vertretene Behauptung, die Politik verliere ihr Primat an das Ökonomische, die Finanzmärkte trieben die Politik vor sich her, falsch. Unter kapitalistischen Verhältnissen hat die Ökonomie immer das Primat, die Politik in ihrer spezifischen Trennung von den Produktionsverhältnissen organisiert eine spezifische Austragung der Konflikte und die Kompromisse unter den Herrschenden hinsichtlich der langfristigen Orientierung und der Allianzen. Dennoch gibt es in dieser Beobachtung ein

rationales Moment. Denn es macht einen entscheidenden Unterschied, ob diejenigen, die über die Produktionsmittel und die Vermögen verfügen, Zugeständnisse an weite Teile der Gesellschaft machen, auf Forderungen der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eingehen und Kompromisse aushandeln oder ob sie sich von der Gesellschaft abwenden und glauben, diese mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln nur immer noch weiter ausplündern zu können. Es geht aber offensichtlich genau darum: die Fortsetzung einer Lebensweise in den Metropolen, deren Wohlstand, Freiheit und Demokratie darauf beruht, dass Milliarden Menschen in Armut und an der Hungergrenze leben. Jedes Jahr, so schreibt Carsten Schlüter in der Frankfurter Rundschau vom 11.11.2011, koste unsere Wirtschaft 18 Millionen Menschen das Leben – unser Wachstum sei der anderen Tod. Damit benennt Schlüter die Ur-sünde der modernen Demokratie: dass sie »marktkonforme Demokratie« ist und im Wesentlichen dazu dient, die konfliktreichen Interessen der oberen Klassen zu koordinieren. Mit dem Hochwertbegriff »Demokratie« gewinnen sie kompromisshaft die Zustimmung eines Teils der unteren sozialen Klassen an einem fragwürdigen Wohlstand, der auf der Ausbeutung von Natur und Menschen im globalen Süden ebenso wie in den Zentren des Nordens beruht. Ein geringer Anteil des angehäuften Reichtums wird des Kompromisses wegen den Beherrschten überlassen, damit sie bereitwillig die gesellschaftliche Reproduktion insgesamt mit tragen. Seit längerem schon bricht dieser Kompromiss zwischen oben und unten wieder einmal ein. Damit der Reichtum der Wenigen sich um so stärker vermehrt, werden auch zunehmend die unteren sozialen Klassen in den kapitalistischen Zentren enteignet, die Zone der Prekari-tät dehnt sich aus: Arbeitslose, Minijobber, Niedriglöhner, Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte, Tagelöhner, Scheinselbständige – ein ganzes Vokabular taucht im Feld des Wissens auf, um alle diese neuen Formen der Ausplünderung des menschlichen Arbeitsvermögens zu bezeichnen. Die Folge: Das Kapital flieht die Demokratie, so Carsten Schlüter. Das historische Erfolgsmodell, die Verbindung von Demokratie und Kapitalismus, das seit ihren Anfängen in Großbritannien bestand, wird aufgegeben. Ein Ende der Demokratie zeichne sich ab. Es scheint, dass das Kapital sich eine andere, effizientere Organisationsform suche.

Schlüter will in seinem Artikel die Demokratie verteidigen. Beängstigend ist, dass er dabei eine falsche, bürgerliche Vorstellungen von Demokratie nährt: Er bestimmt sie als Vertragsfreiheit und Rechts-

staatlichkeit. Doch das sind zwei zentrale Elemente des konservativen Liberalismus, der sich für freiheitlich hielt, die Demokratie als eine Regierungsform der Masse jedoch immer ablehnte. Auch andere sehen die Demokratie an ihr Ende gekommen und bleiben distanziert. Die Probleme auf den Finanzmärkten müssten gelöst werden, und zwar pragmatisch, das aber heiße: nicht demokratisch. Das sei gefährlich, schreiben Dirk Pilz und Friederike Schröter in der Berliner Zeitung vom 5./6.11.2011. »Aber es ist auch das Beste, was der westlichen Demokratie passieren konnte. Wirklich gefährlich wird es nämlich für eine Gesellschaft vor allem dann, wenn das gemeinsame Nachdenken über Auswege aus einer Krise von vornherein durch ein Tabu verstellt wird.« Was wird als Tabu gesehen? Eines, das die Demokratie über sich selbst verhängt habe, nämlich ihr Anspruch, sich selbst immer weiter zu verwirklichen: Grundrechte, Freiheit, Gerechtigkeit. Es ist schon bemerkenswert, dass, während noch jeder kleine Antifaschist von der die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGo) verteidigenden Polizei zusammengeschlagen und vor Gericht gestellt wird, wenn er die Demokratie verteidigt, man in den »demokratischen« Medien darüber schon längst hinaus ist, ohne irgendeine Sanktion befürchten zu müssen. Die Demokratie also, so die Autoren, scheitere an ihren Ansprüchen, die Demokratie komme an ihre Grenzen, sie könne das Leben der Vielen und ihre Beteiligung nicht mehr sichern. Deswegen sei nach Alternativen zur Demokratie zu suchen. Ob dies auf den autoritären Staat hinauslaufe, könne man nur dann in Erfahrung bringen, wenn man die Demokratie nicht absolut setze. Auf alle Fälle dürften keine Vorstellungsverbote das Denken blockieren. Aber doch, genau darum geht es: Das Leben der Vielen und die Demokratie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, jede bisherige Art nicht demokratischer Vergesellschaftung hat die Menschen am Ende zu Opfern gemacht und ihr Leben nicht gesichert. Denn immer wurde der Widerspruch des Gesamt- und des Einzelinteresses zugunsten eines Gemeinwohls eingezogen, dass dann von nur Wenigen definiert werden konnte. Allein Veränderungs- und Transformationsprozesse, die von den Praktiken der Vielen getragen werden, lösen die gesellschaftlichen Probleme. Der eingeforderte tabufreie Meinungspluralismus ist keiner. Derart beliebig und offen sollte man nicht mit der Zukunft umgehen, da sich auch erneut autoritäre Formen des Zusammenlebens herausbilden können, die wiederum die großen gesellschaftlichen Probleme nicht lösen, sondern nur

vertagen werden – sei es durch Krieg, durch ökologische Verwüstung oder durch Vernichtung von Reichtum. Es gehört zu den Einsichten von Marx, dass sich die Menschen vornehmen, die Probleme zu lösen, die sie auch lösen können. Das heißt nicht, dass es gelingt, aber einen Versuch ist es wert. Sozialismus und Demokratie sind die Mittel, die die Menschheit bisher historisch erfunden und entwickelt hat, um ihre Probleme, mit denen sie seit dem 19. Jahrhundert so nachhaltig konfrontiert ist, zu lösen. Erneut, wie im 19. Jahrhundert, wie nach dem Ersten Weltkrieg, wie nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bestätigt sich, dass Demokratie nur Bestand hat, wenn sie sich mit Sozialismus verbindet. Aber der Sozialismus – das zeigen die Erfahrungen mit dem Staatssozialismus, der sich durchaus demokratisch nannte, aber offensichtlich den Sinn dieser Selbstbezeichnung nicht verstand oder verstehen wollte – kann nur in Verbindung mit Demokratie erfolgreich sein. Es versteht sich: nicht formelhafte Demokratie im Sinne von repräsentativen Parteien und Parlamenten, die im Namen eines von wenigen definierten übergeordneten Interesses autoritär-legalistisch entscheiden, sondern im Sinn einer im Alltag von Arbeit und Wirtschaft, Schule und Hochschule, Gesundheit und Kultur verankerten demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungskompetenz aller.

2. Demokratie und Sozialismus

Wir wissen seit langem, dass die Demokratie ein Hochwertbegriff ist, der die Neigung begünstigt, die Verbrechen zu leugnen, die in ihrem Namen begangen werden. Eindrucksvoll hat dies Jacques Derrida in seiner Analyse von Fukuyamas Überlegungen zum Ende der Geschichte gezeigt. Wenn wir heute über Sozialismus sprechen, dann ist dies ein reflexiver und kritischer Sozialismus, der von den Fehlern der sozialistischen Experimente ebenso weiß, wie er ernst nimmt, dass diese Fehler im Namen des Sozialismus begangen wurden und sie ihm nicht allein nur von außen widerfuhr. Eine der wesentlichen Korrekturen am Begriff des Sozialismus ist, dass das Emanzipationsprojekt als plural und vielseitig verstanden wird und es mit Sicherheit nicht dadurch gelingen wird, wenn endlich einmal alle Proleten sind, deren Partei dann die Führung in Politik und Gesellschaft übernimmt – wovon die Arbeiterbewegung in vielen ihrer Schattierungen träumte und wie es in

staatssozialistischen Ländern versucht wurde zu verwirklichen. Auch heute noch glauben vereinzelt linke Gruppen an die Möglichkeit der einfachen Emanzipation, wenn sie davon sprechen, dass der Kapitalismus sich im Neoliberalismus endlich auf den Begriff bringe. Nein, er tut das nicht, er wird seine Widersprüche immer in unreiner Form entfalten. Teile der Arbeiterklasse können partikularistisch sein wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Umgekehrt gibt es in der bürgerlichen Gesellschaftsformation eine Reihe von gesellschaftlichen Widersprüchen und daraus hervorgehenden, aufeinander nicht reduzierbaren Emanzipationsprojekten, die über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisen und die auch dem Sozialismus etwas Radikales mitgeben. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass alle diese Emanzipationsprojekte ihrem Selbstverständnis nach sich mit Sozialismus verbinden. Dennoch ist Sozialismus das Sinnelement – der historisch überlieferte leere Signifikant, der Sinn-generator – das alle diese Emanzipationsbestrebungen miteinander verknüpft, weil es dafür steht, alle Verhältnisse umzustürzen, unter denen Menschen geknechtet sind.

Die bürgerliche Gesellschaftsformation hat weltgeschichtlich einen gewaltigen Emanzipationsschub mit sich gebracht. Durch wissenschaftlich und technisch entfaltete Naturaneignung rücken die Verhältnisse zur Natur derart in den Blick, dass die Natur nicht mehr nur Notwendigkeit ist, der man das Überleben abgewinnen muss. Die Mittel der Naturbeherrschung erlauben ein freies und nachhaltiges Verhältnis zu ihr. Allgemeinheit und Individuum treten auseinander, das Allgemeine wird weltimmanent als der seine Bürger umfassende Staat verstanden; die Individuen individualisieren sich und sind dem Allgemeinen nicht von vornherein untergeordnet, denn sie erlangen Rechte und bilden Interessen aus. Die Festlegungen von Individuen auf ein bestimmtes Geschlecht und eine bestimmte sexuelle Orientierung sowie die soziale Logik der Zuordnung von Individuen zu vermeintlich natürlichen Kollektiven (Familie, Rasse, Nation, Ethnie) werden als Konstruktionen durchschaubar. Es kommt zu einem äußersten Widerspruch: Große Menschengruppen werden von mächtigen Staaten auf solche Identitäten festgelegt, ihnen werden auf diese Weise Rechte genommen und gegeben; gleichzeitig jedoch wird weltgeschichtlich zum ersten Mal deutlich, dass die Verhältnisse von Menschen frei gestaltet werden können und sie in keiner Hinsicht an ihre Geschichte, an ihre Natur, an ihre Identität, an soziale Verhältnisse gebunden bleiben müssen. Dies gilt auch für das

Verhältnis zwischen den Klassen. Herrschaft und Ausbeutung nehmen zum ersten Mal in der Geschichte eine abstrakte und allgemeine Form an, einerseits die von allgemeinen Lohnverhältnissen, die Menschen eingehen müssen, die frei über ihr lebendiges Arbeitsvermögen disponieren, andererseits die von Staat und Gesetz. Marx spricht es deutlich aus, dass die ArbeiterInnenklasse eine Nicht-Klasse ist, deren Ziel die Überwindung jeder Art von Klassenidentität ist. Sozialismus wurde historisch diskreditiert durch eine Vereinseitigung: Er schien allein mit der Freiheit in Begriffen der lohnarbeitenden Klasse verbunden und auf das Ziel begrenzt, für diese Klasse die Lebensbedingungen zu verbessern – Bildung und Qualifikation, Arbeit und Einkommen, Wohnung, Gesundheit. Die Emanzipation aller anderen Knechtschaftsverhältnisse geriet ihm aus dem Horizont. Im Prinzip sollte der Sozialismus lediglich die vom Bürgertum verratenen bürgerlichen Normen und Werte verwirklichen. Deswegen können diejenigen, die sich gegen all die Zwänge der bürgerlichen Identitäten wehren, nicht mit Sozialismus identifizieren. Doch zu einem wohlverstandenen Projekt des Sozialismus gehört, die vielfachen Herrschaftsverhältnisse und die entsprechenden Identitäten als Merkmale der Vorgeschichte zu begreifen. Erst mit dem Erreichen eines gesellschaftlichen Zustands, den wir uns historisch gewöhnt haben, als Sozialismus zu bezeichnen, wird es möglich sein, jene Ermöglichungsbedingungen zu schaffen, unter denen die Konflikte um das Naturverhältnis, um das Geschlechterverhältnis, um die Rassifikation, um das Klassenverhältnis nicht nur offen, sondern auch derart ausgeglichen werden können, dass ihre Überwindung möglich wird. Sozialismus meint demnach eine Gesellschaft der befreienden Übergänge, in denen die bis heute überlieferten Konflikte auf einem weltgeschichtlichen Niveau demokratisch bearbeitet und überwunden werden können – nicht, weil es dann zukünftig keine Konflikte mehr geben wird, sondern nicht mehr diese Konflikte: Die Menschheit tritt aus ihrer naturgeschichtlichen Phase heraus. Demgegenüber kann die bürgerliche Gesellschaft als eine Formation begriffen werden, in der diese Konflikte sich in zyklischer Form und auf jeweils höherer Stufenleiter reproduzieren. Demnach kann es nicht darum gehen, das bürgerliche Projekt unter dem Vorzeichen Sozialismus zu vollenden, wie das in der Arbeiterbewegung lange angenommen wurde, sondern das darüber Hinausweisende freizusetzen: Die Entwicklungspfade der Wirtschaft folgen einer neuen Orientierung, Technologien werden nach nachhaltigen, suf-

fizienten und partizipativen Gesichtspunkten umgestaltet, Politik wird vergesellschaftet, demokratische Freiheiten ausgedehnt auf Bereiche, die dem Bürgertum immer tabu waren, das Wahlrecht verallgemeinert, die überlieferte Hochkultur wird kritisch auf ihre barbarischen Traditionen befragt und alle nehmen an der Erzeugung des Gemeinsamen – auch des kulturellen Gemeinsamen – teil. Das Projekt des Sozialismus muss sich kritisch über sich selbst verständigen und muss prüfen, ob es überhaupt in dem angesprochenen Sinne hegemoniefähig sein will und sein kann. Erst wenn das geklärt ist, kann es von sich her zu einem Kristallisationspunkt und Attraktor für die verschiedenen Bewegungen werden. Ansonsten kann es unter besonderen Umständen zu gesellschaftlicher Radikalisierung beitragen, dazu, dass bestimmte Verelendungstendenzen temporär eine gesellschaftliche Öffentlichkeit erhalten – bleibt aber im sozialdemokratischen Rahmen geringfügiger sozialstaatlicher und demokratiepolitischer Korrekturen stecken, die oft genug aus Opportunitätserwägungen auch wieder zurückgenommen werden. Sozialismus muss also der Name für eine Konstellation werden, in dem jenseits einer historischen Schwelle viele Emanzipationsprozesse endlich ihren freien Raum finden, um frei über die weitere Zukunft zu entscheiden.

Aus einem radikaldemokratischen Verständnis wird damit die Bedeutung des Staates deutlich relativiert. Die historische Rationalität des bürgerlichen Staates kann darin gesehen werden, dass er reale gesellschaftliche Koordinationsaufgaben übernommen hat. Das Illusorische am staatlichen Gemeinwesen (Marx) ist, dass er verkennen muss, selbst ein gesellschaftliches Verhältnis zu sein, in dem die Koordinationsbemühungen doch immer von umfassenden Machtbeziehungen abhängen, die Kriterien der Koordination und Steuerung immer selektiv bleiben und die Steuerung immer wieder scheitert, weil der Staat nicht weiß, mit welcher Gesellschaft er es zu tun hat. Deswegen wird der Staat vielfach in seiner Koordinationsfunktion geschwächt und die von ihm in Anspruch genommene Allgemeinheit tendenziös: Die Gesetze sind vielfach nicht allgemein, ihre Implementation bleibt unzulänglich, Behörden arbeiten schlecht oder willkürlich, die Rechte der BürgerInnen werden vielfach unterlaufen oder außer Kraft gesetzt. Als rational an der arbeitsteiligen Besonderung einer autonomen staatlich-politischen Handlungssphäre konnte dem Bürgertum erscheinen, dass kollektive Entscheidungen Zeit kosten und jedes private Engagement für die Allgemeinheit mit zur Verfügung stehenden Ressourcen und zeitlichen

Dispositionen in Konflikt geraten können, also Geld, Informationen, Beziehungen, Familie, Muße. Aber es gelingt offensichtlich immer weniger, die liberale Trennlinie zwischen Staat und Gesellschaft stabil zu halten. Schon heute kann gesellschaftliche Koordination nicht mehr allein vom Staat ausgeübt werden, vielmehr gibt es eine Vielzahl von Governance-Mechanismen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft (Öffentlichkeit, Korporatismus, NGOs). Erforderlich ist für eine Demokratisierung, dass gesellschaftliche Koordinationsaufgaben geschaffen, entsprechende Koordinationsmechanismen gebildet und vorhandene Mechanismen demokratisiert werden. Diese müssen als gesellschaftliche Arbeit anerkannt werden und im Rahmen der üblichen Arbeitsverhältnisse und aus ihnen heraus stattfinden: also Mitspracherechte der Beschäftigten über Produkte, ihre Entwicklung, über Märkte und Investitionen; Absprachen zwischen Produzierenden oder Dienstleistenden und Konsumierenden. Prozesse der lokalen und regionalen Entwicklung bedürfen entsprechender Entscheidungsgremien. Schritte in diese Richtung: gesetzliche Stärkung der Mitbestimmungsrechte in allen europäischen Unternehmen ab 500 MitarbeiterInnen, Mitspracherechte der MitarbeiterInnen bei Investitionen, Verlagerungen, Unternehmensverkäufen; Einrichtung von Verbraucherschutzgremien, deren Rechte gegenüber Unternehmen in Produktion und Dienstleistung gestärkt werden. Kontrolle der Finanzinstitutionen und des Kredits. Förderung von genossenschaftlichen Unternehmen unter dem Vorzeichen eines neuen Konzepts des Öffentlichen, sodass die öffentliche Leistungserbringung nicht notwendig an den Staat oder an Privatunternehmen gebunden ist; mit der staatlichen Förderung von Mitarbeitergesellschaften und Genossenschaften sollte eine Unternehmensverfassung verbunden sein, die die Mitspracherechte von MitarbeiterInnen und KonsumentInnen institutionalisiert. Es bedarf der Mitsprache über den Zuschnitt und die Leistungserbringung staatlicher Behörden und Einrichtungen; Vorgänge müssen transparent sein. Verantwortliche in den Bereichen der Privatwirtschaft, der Politik und Verwaltung sollten haftbar gemacht werden können, Beamte sollten sich Wahlen stellen müssen.

Der Sozialismus war historisch von Vorstellungen geprägt, die mit Blick auf eine emanzipatorische Zukunft geprüft werden müssen. Eines der klassischen Momente des Sozialismusverständnisses war, eine Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche und Klassen von der Fortentwicklung der Produktivkräfte zu erwarten. Damit war de facto

die Entwicklung der technischen Produktionsmittel gemeint, die eine größere Produktivität und einen größeren Output erlauben sollten: den Kapitalismus einholen und überholen. War die Entfaltung der Produktivkräfte durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gehemmt, so sollte der Sozialismus jene freisetzen und die Springquellen des Reichtums fließen lassen. Dies ist nicht gelungen, im Gegenteil nahm der Modus der staatssozialistischen Naturbeherrschung katastrophische Züge an. Natur wurde in der Tradition der bürgerlichen Gesellschaft als ein zu unterwerfendes und zu beherrschendes Objekt begriffen. Aber auch der Kapitalismus hat das Problem von Effizienz, Produktivität und Innovation nicht gelöst. Es gehört zu den klassischen und keineswegs wertlosen Argumenten der Linken, dass die kapitalistische Produktionsweise eine Verschwendungsökonomie ist, die gesellschaftlichen Reichtum, Ressourcen, Arbeitsvermögen, menschliches Leben und menschliche Lebenschancen in einem ungeheuren Ausmaß vernichtet – aber die Zurechenbarkeit aufgrund des anonymen Marktmechanismus und des Nationalstaatsprinzips verhindert. Man wird sich auch fragen, ob und in welcher Weise der Kapitalismus innovativ ist. Denn viele Innovationen finden in Bereichen statt, die von geringer Bedeutung sind, andere, allgemein nützliche Innovationen werden nicht oder nur sehr zögernd aufgegriffen – und schließlich wissen wir nicht, welche Innovationen möglich wären, wenn Menschen ohne Angst vor Arbeitsplatzverlust, mit besserer Bildung und mehr Muße Gelegenheit hätten, sich an ökonomischen, technischen, sozialen und kulturellen Innovationen zu beteiligen. Auch am Gesichtspunkt der Effizienz werden zugunsten von Suffizienz Zweifel geäußert. Kapitalismus heißt Markt, und der Markt operiert blind. In der betrieblichen Einzelrationalität kann er effizient sein, doch gesamtgesellschaftlich ist er auf gefährliche Weise ineffizient. Der konkrete Bedarf interessiert nur aus dem Blickwinkel der Kapitalverwertung – und deswegen kann auch viel Menschenverachtendes und Gefährliches einfach deswegen produziert werden, weil es der Markt hergibt; zudem schafft er Bedingungen, unter denen privilegierte Menschen nicht arbeiten müssen, während andere darunter zu leiden haben, dass sie nicht an der gesellschaftlichen Arbeit teilhaben können. Zudem sind viele Tätigkeiten von zweifelhaftem gesellschaftlichem Wert: Sicherheitsdienste und Militär, Rüstungsproduktion, Fahrkartenkontrollen, Hedgefonds-Spekulation, Immobilien- und Börsenhandel, Sexarbeit, kulturindustrielle Stars und Sternchen oder Berufssport. Damit

ist die Frage der sozialen Bedürfnisse und ihrer Befriedigung durch die Arbeit anderer und eine naturwüchsige gesellschaftliche Arbeitsteilung angesprochen. Kritik an Bedürfnissen, das zeigt die lange Tradition der Kulturkritik, kann zum Einfallstor autoritärer Verfügung über Individuen werden, indem diesen abgesprochen wird, dass ihr Bedürfnis berechtigt sei. Über Bedürfnisse ist schwer zu richten, aber der Linken bleibt das nicht erspart, weil ohnehin ständig darüber diskutiert und gestritten wird. Gegen die Entwicklung und Gestaltung der Produkte durch Werbe- und Marketingabteilungen ist es sicherlich besser, in eine demokratische Diskussion über Bedürfnisse einzutreten: in den Medien, in Verbraucherschutzgremien, in Gremien von KonsumentInnen und ProduzentInnen (vgl. den Fall Lucas Aerospace). Der Markt ist nicht demokratisch, Entscheidungen fallen aufgrund von Verwertungserwartungen und Kaufkraft. Märkte zu regulieren, setzt einen umfassenden staatlichen Eingriff voraus. Doch auch staatliches Handeln ist in vielen Hinsichten nicht effizient, es nimmt notwendig bürokratische Gestalt an, Prozesse werden verlangsamt, die Bürokratie kennt notwendigerweise die gesellschaftlichen Umstände nicht, es kommt zu Steuerungsversagen und Fehlallokation, zu öffentlicher Verschwendung, Korruption und Ineffektivität, Innovationen werden blockiert.

In der materialistischen Diskussion hat es in den vergangenen Jahrzehnten tiefe Korrekturen am Begriff und Imaginären des Sozialismus gegeben. Die kapitalistische Akkumulationsdynamik hat zu einem immer komplexeren Verständnis von Natur und der Verfügungsweise über sie geführt: Die Inwertsetzung wird vertieft – gleichzeitig kommt es zu einem größeren Bewusstsein der langfristigen wirtschaftlichen Folgen. Wird das Ganze als ein gesellschaftliches Naturverhältnis verstanden, rückt ein doppeltes Herrschaftsverhältnis in den Blick: Herrschaft von Menschen über Menschen, die gezwungen werden, die Natur zu beherrschen, um sich selbst unter Bedingungen von Herrschaft zu erhalten. Aufgrund eines solchen Verständnisses, das nicht länger Gesellschaft und Natur oder Ökologie einander gegenüberstellt, sondern den Begriff des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ins Zentrum stellt, können auch die gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtbeziehungen in der Aneignung von (menschlicher und außermenschlicher) Natur dechiffriert werden. In diesem Begriff des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ist die Überwindung der Herrschaft durch Vergesellschaftung und allgemeine Selbstbestimmung impliziert: alternative Technologien und

Produkte, nachhaltige Nutzung von Ressourcen, Vermeidung von Naturzerstörung durch Verwüstung oder Zersiedelung, systematisch betriebener Rückbau, Stadt- und Landschaftspflege, Effizienz und Suffizienz. Ein veränderndes gesellschaftliches Naturverhältnis schließt auch das Verhältnis zu uns selbst ein: zu unserem Körper, zu unseren Ess-, Trink-, Ruhe-, Muße-, Wohn- oder Arbeitsgewohnheiten, zu unseren Sinnen im Stoffwechsel mit besonderen Aspekten der weiteren Natur. Auch hier bedarf es einer Prüfung nach Gesichtspunkten, ob der Körper herrschaftlich diszipliniert und kontrolliert ist, ob die Körperpraktiken im Lichte der Freiheit angemessen sind. Sozial-ökologische Verhältnisse sind derart verstanden integrales Moment eines demokratischen Sozialismus, nämlich ein Maßstab für die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in allen ihren Hinsichten, in etwa so, wie Marx es angedeutet hat: Dass nämlich keine Gesellschaft, keine Nation, ja nicht einmal alle Gesellschaften zusammen die Eigentümer der Erde seien, sondern nur ihre Nutznießer. Ziel muss es sein, die Erde den »nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen«. Da die Gegenwärtigen niemals genau wissen werden, was eine Verbesserung für die Zukünftigen sein wird, kann aus dieser Überlegung nur folgen, dass »wir« die äußere und innere Natur nicht als ausbeutbare Ressource begreifen, die natürliche Umwelt nicht zerstören und unsere Körper nicht substanziell schädigen dürfen (durch Arbeit, Ernährung, Bewegungsmangel, medizinische Eingriffe) – und wir also Freiheiten, Entscheidungsverfahren und wissenschaftliche und technische Wissenspraktiken schaffen, die es ermöglichen, dass »wir« alle, die Gegenwärtigen und die Zukünftigen, uns an der Gestaltung der Zukunft beteiligen können. Dies scheint mir ein neues Verständnis des Sozialismus – oder besser: eine Erinnerung an die verleugnete Natur – erforderlich zu machen, mit dem lange Zeit die Erwartung verbunden war, dass sich die Gesellschaft in einer einmal hergestellten rational geplanten Totalität abschließen würde, anstatt in einen offenen geschichtlichen Prozess hinauszutreten.

Sabine Nuss

»Panzerproduktion eingestellt – Belegschaft jubelt«

Plädoyer für eine öffentliche Produktion¹

»BMW will mit E-Autos langfristig Geld verdienen«, »Chevron profitiert von Raffinerien«, »Continental hebt Gewinnprognose an«, »Airbus will die 1000 knacken«, »Samsung sucht sein Heil in neuen Smartphones« – die Schlagzeilen im Wirtschaftsteil von Tageszeitungen sprechen die wohl deutlichste Sprache des Privateigentums. Auch wenn es auf den ersten Blick gar nicht so aussieht. Eigentum, hier synonym mit Privateigentum, ist ein Begriff, zu dem viele Menschen vieles und zwar viel Verschiedenes denken. Dem Alltagsverstand ist Eigentum schlicht das, was einem gehört. Mein Auto. Mein Haus. Mein iPhone. Wobei »mein« zugleich heißt »nicht dein«. Also Ausschluss. Etwas elaborierter formuliert es das bürgerliche Gesetzbuch, Artikel 903: »Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen«. Das hat etwas Beruhigendes. Meine Zahnbürste teile ich ungerne. Da ist es gut, wenn ich das Recht habe, anderen zu sagen, sie dürfen sie nicht nutzen. Das ist die Freiheit, übrigens, die Privateigentum meint: Mit »seiner« Sache nach Belieben verfahren zu können. Aber auch das bürgerliche Gesetzbuch, der sozialistischen Weltumwälzungen unverdächtig, kennt Einschränkungen dieser Freiheit: »... soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen ...« Auch das ist beruhigend. Wenn mein Nachbar zufällig Eigentümer einer Chemiefabrik ist, ist es gut, dass ich ihn hindern kann, giftige Chemikalien direkt neben meinem Tomatenbeet zu lagern. Privateigentum, so gesehen, scheint eine vernünftige Angelegenheit. Wenn man diesen, zugegebenermaßen etwas schlichten Horizont der Betrachtung verlässt, rücken andere Dimensionen ins Bild. Man muss nicht Marx gelesen haben, um zu sehen, dass Privateigentum ein soziales Verhältnis ist, das

¹ Dank für Unterstützung bei der Textproduktion an Blogonaut Markus Euskirchen und an den Wirtschaftsredakteur meines Vertrauens.

Menschen die Macht gibt, andere vom Zugang zu elementaren Lebensbedingungen auszuschließen. Seien es gesunde Nahrungsmittel, Behausung, Mobilität oder eine intakte Umwelt. Wenn es doch nur die Zahnbürste wäre! Recht hilfreich ist es dann aber doch, Marx zu lesen, wenn man noch genauer hingucken möchte. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung von Privateigentum stehen die Güter, wie Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe – in der Sprache der Politischen Ökonomie: Produktionsmittel. Dabei ist es noch nicht mal das Schlimmste, dass das Eigentum an Produktionsmitteln recht überschaubar verteilt ist. Die allermeisten Menschen sind davon ausgeschlossen, selbst wenn sie über Aktienbesitz oder undurchsichtig komplexe Rentenfondseinzahlungen formalrechtlich Teileigentümer sind. Das heißt noch lange nicht, dass sie darüber bestimmen dürften. Vor allem aber heißt es nicht, dass die damit produzierten Waren allen gleichermaßen zugänglich sind. Es hängt von der Zahlungsfähigkeit ab, was konsumiert werden kann und was nicht. Kein Geld, kein Brot. Das Herzstück der sozialen Beziehung von Eigentümern und Nicht-Eigentümern ist schließlich, dass die einen für die anderen arbeiten (müssen). Der eine hat die Maschine, das Fabrikgelände, die Rohstoffe, der andere hat in aller Regel nichts dergleichen, außer dem Vermögen, zu arbeiten. Er oder sie stellen sich in den Dienst und bleiben das solange, wie sie rentabel sind – mit anderen Worten: solange er das Eigentum des Eigentümers vermehren kann. Stockt dieser Prozess – und das liegt außerhalb des Einflussbereichs dessen, der arbeiten muss – wird er »freigesetzt«. Im Herzstück wird somit deutlich, worum es bei Eigentum geht: kein statisches Etwas, kein Ding, wie mein Haus oder mein Auto, nicht einfach ein soziales Verhältnis, wonach ich jemanden vom Gebrauch meiner Zahnbürste ausschließen kann, all das auch, aber all das nicht alleine. Weit darüber hinaus geht es um die Art und Weise, wie Menschen arbeitsteilig organisiert sind und zu welchem Zweck sie in dieser Art und Weise Güter für ihren Gebrauch herstellen. Privateigentum umschreibt insofern eine bestimmte, eine einige Jahrhunderte alte, also welthistorisch noch relativ junge Gesellschaftsform, auch wenn es schwer fällt, das so zu denken. Das Eigentum an Produktionsmitteln wird in dieser modernen Gesellschaftsform genutzt, um mit der Produktion von Gütern – sagen wir Autos, es können aber auch Ölförderung, Handys oder Schuhe sein – mehr Kapital zu generieren, als vorher dafür investiert wurde. Ist das gelungen, geht es wieder von vorne los. Und dann wieder. Und dann

wieder und wieder und wieder. Diese Bewegung ist maßlos. Sie findet kein Ende (außer im Bankrott), kann sie auch nicht, weil an der nächsten Ecke, in der nächsten Stadt oder auf der anderen Seite des Erdballs jemand ist, der das gleiche versucht, also auch mittels Autos, Schuhen oder Handys Kapital vermehren will, entweder sich dann ebenso auf diesem »Markt bewegt«, oder aber »einen Markt erschließt«, »auf einen Markt drängt« oder »einen Marktanteil will«. ² Die Geschichte des Eigentums ist schnell zu Ende erzählt: Da nun die Nachfrage nach all den produzierten Waren nicht maßlos sein kann, weil ja das Bedürfnis nur begrenzt zahlungsfähig ist (der Lohn kennt ja ein Maß), kann auch das Angebot nur begrenzt sein – die Produktionsmitteleigentümer müssen in der Konkurrenz die begrenzte Nachfrage auf sich ziehen, indem sie billiger, besser, schneller – was auch immer – als die anderen werden. So wie das pochende Herz das Blut durch den Körper zirkuliert, so zirkuliert die Konkurrenz zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln deren Waren um den Globus: Immer neue, immer andere Waren, immer mehr, höher, schneller, weiter, größer. Zugleich wächst die Branche, die immer neue Bedürfnisse kreiert: die Werbeindustrie. Das ist der Wachstumszwang, den viele angesichts der seit einigen Jahrzehnten zunehmenden Umweltzerstörung kritisieren, ohne die Kraft zu benennen, die all dies antreibt. Und dem vorausgesetzt ist Privateigentum, das viele angesichts der Ungleichverteilung von Reichtum kritisieren, ohne die Logik, die an diesem spezifischen Eigentum haftet, zu benennen.

Zurück zum Wirtschaftsteil der Tageszeitung, um eine charakteristische Dimension dieses so verstandenen Privateigentums sichtbar zu machen. »Große deutsche Geldmaschinen« titelte neulich die Berliner Zeitung und listete verschiedene Konzerne und ihre Perspektiven auf. Da konnte VW seinen »operativen Gewinn« steigern. Der Pharma- und Chemiekonzern Bayer »profitierte« von einem »flourierenden Agrarchemiesgeschäft«, die weltweit »boomende« LKW-Nachfrage ließ »bei MAN die Kassen klingeln«, der Halbleiterkonzern Infineon wolle dem einsetzenden »Abwärtssog an den globalen Chipmärkten« widerstehen

² Rainer Rilling (2001): Virale Eigentumsmuster; in: Ingrid Lohmann/Rainer Rilling (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft, Opladen, S. 303-313.

und zu Siemens hieß es, Sonderlasten in Milliardenhöhen hätten dem Konzern im vergangenen Quartal »schwer zugesetzt«. So lesen sich ermüdend ähnlich die Unternehmensnachrichten dieser Welt. Wie in der Sportberichterstattung geht es stets ums Gewinnen – und wie dort gibt es sie hier, die Gewinner, aber auch die Verlierer. Nur dass die Akkumulation keine Halbzeitpause kennt, keine Spielunterbrechung, keine Ruhezeiten und keine Sommerpause.

Dass da ganz nebenbei noch etwas produziert wird – das hätte man fast vergessen. Autos, Schuhe, Tische, Lampen, Fahrräder und vieles mehr werden in dieser Welt hergestellt, um ein Geschäft damit zu machen. Sie sind das Mittel zum Zweck (immerhin das sind sie). Funktionsträger des Privateigentums – ob Manager oder Firmenchef – vollziehen diese Logik, aus Kapital mehr Kapital zu machen. G' (»G-Strich«) nannte Marx jenes Kapital, das nach dem Verwertungs- und Produktionsprozess größer ist als vorher. G-Strich ist das Kriterium, an dem Unternehmen ihren Erfolg messen lassen müssen, an dem sie sehen, ob ihr Privateigentum an Produktionsmitteln seinem Zweck diene oder nicht. Tat es das nicht, stürzen die Aktienkurse, werden Menschen entlassen, die Löhne gekürzt, der Standort verlagert. Die darin Befangenen sind ohnmächtig, ihnen stellt sich diese Dynamik als eine ganz eigene, von ihnen nicht kontrollierbare dar. Als wäre »die Wirtschaft« ein lebender Organismus, der ganz ohne unser Zutun existiert. Die Sprache ist ein offenkundiger Marker für diesen Befund: »Das Wachstum erholt sich nur langsam«, »Die Wirtschaft krankt« oder »Die Wirtschaft gesundet« sind die Schlagzeilen, die die Eigendynamik andeuten. Wie die Temperaturkurve (die bezeichnenderweise unmittelbar vor den Börsennachrichten kommt), steigen oder fallen die Daten der Ökonomie. Wenn eine Konjunktur sich »erhitzt«, anschließend »dunkle Wolken am Horizont« auftauchen und sich das »Konsumklima abkühlt«, dann wird in diesen Metaphern das Werk der Menschen zu etwas Unabwendbarem wie das Wetter, auf das der Mensch keinen Einfluss hat (Klimawandel ausgenommen). Noch deutlicher aber wird dieser Kontrollverlust bei alltäglichen Formulierungen wie »die Preise steigen«, »die Arbeitslosenzahl sinkt«, »die Kurse fallen«. Immerzu fällt, sinkt, steigt »etwas« in dieser Wirtschaft – das ist die Bewegung des Privateigentums.

Die linke Kritik am Privateigentum benennt weniger die *Bewegung des Privateigentums* und *die dieser Bewegung zugrunde liegende Logik*, sondern kritisiert oft nur das, was Resultat dieser Bewegung ist: die

ungleiche Verteilung des produzierten Reichtums. Es sei ungerecht, unrichtig und unmoralisch, dass die einen nichts, die anderen wenig, die wenigen anderen aber viel haben. Darüber hinaus wird in den letzten Jahrzehnten zunehmend insbesondere aufgrund des Klimawandels die Umweltzerstörung thematisiert – auch sie ist ein Produkt des Privateigentums, wenn beispielsweise private Kapitaleigner in ihrer Rationalität G' befangen produzieren, ohne die ökologischen Folgen ihres Tuns zu berücksichtigen (zu teuer, zu egal). Die alte Eigentumsfrage stellt sich in immer neuen Verkleidungen (vgl. Rilling 2007, 2008,³ 2011⁴). In der Linken werden konjunkturrell mal mehr, mal weniger intensiv verschiedene Möglichkeiten des Eingriffs in dieses Dilemma diskutiert: Wirtschaftsdemokratie, Belegschaftseigentum, die von der Computervernetzung hochgespülte Praxis des »Open Source«, die von der Umweltökonomie entdeckten »Commons« oder aber auch »das Öffentliche« – in Entgegensetzung zum Privaten.⁵ Nicht zuletzt, weil die private Logik, wonach Rentabilität der Maßstab auch für die noch am schlechtesten zu messende Arbeit (Pflege) ist, wenig attraktive Gegenspieler hat. Nun auf der Suche nach einem Gegenpart beim Begriff und Konzept des »Öffentlichen« zu landen (»Plädoyer für das Öffentliche«, Rilling 2009⁶), hat insofern einiges für sich. »Commons« und »Open Source« sind nur einer ganz spezifischen Zielgruppe zugänglich. »Wirtschaftsdemokratie« und »Belegschaftseigentum« letztlich ebenso, wenn auch möglicherweise breiter angelegt. Das »Öffentliche« hingegen ist allen vertraut, es begegnet uns auf der öffentlichen Toilette, in der öffentlichen Telefonzelle, im öffentlichen Raum, bei den öffentlichen Dienstleistungen und

³ In *Die Eigentumsfrage kehrt zurück* (RLS Reihe Standpunkte 12/2007) und in *Remix der Eigentumslandschaft* (Vorgänge 2/2008, S. 100-112) diskutiert Rainer Rilling Eigentum und Macht in einer entlang der Privateigentumsverhältnisse gespaltenen Gesellschaft, der bürgerlichen Klassengesellschaft, anhand der Konflikte um Privatisierungsprojekte.

⁴ Rainer Rilling (2011): Neues zur Eigentumsfrage? In: »Alle Verhältnisse umzuwerfen...« Eine Streitschrift zum Programm der LINKEN, Köln (Papyrossa), S. 83-98.

⁵ In *Power und Property* (RLS policy paper 3/2004) schlagen Dieter Klein und Rainer Rilling eine »new plurality of property forms« (S. 5) vor.

⁶ Rainer Rilling (2009): Plädoyer für das Öffentliche; in: Mario Candeias/Rainer Rilling/Katharina Weise (Hrsg.): *Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen*, Berlin, S. 175-190.

vielem anderen mehr. Natürlich löst sich »das Öffentliche« in vielen Fällen als sprachliches Relikt aus einer anderen Zeit oder als schlicht räumlich gemeinte Zuordnung auf, wenn man näher hinguckt: Die öffentliche Toilette beispielsweise wird in aller Regel privat betrieben. Sie ist aber im Gegensatz zu meiner Toilette zu Hause öffentlich zugänglich. Die öffentliche Telefonzelle gibt es kaum noch, und auch ein öffentliches Unternehmen kann nach privatwirtschaftlichen Kriterien arbeiten. Der Begriff »das Öffentliche« hat aber einen Bedeutungshof, und darum geht es, der alle Attribute vereinen kann, die der privaten Verwertungslogik den Garaus machen könnten: Transparenz, Mitsprache, Zugänglichkeit, Kooperation, Absprache, Demokratie, Aushandlung, gutmeinend doch auch irgendwie: Alles für alle. Auch wenn nun Rainer Rilling schreibt, dass die Rede vom Öffentlichen keine Produktionsweise oder keine Wirtschaftsordnung meine (ebd.: 186), so spricht doch nichts dagegen, das Plädoyer zu erweitern auf die Produktion. Wie würden sich die Schlagzeilen der Wirtschaftsressorts einer solchen Welt lesen? Vielleicht so: »Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs beschlossen. BMW kann Autoproduktion drosseln.« »Energieverbrauch zurückgegangen: Chevron muss weniger Öl fördern.« »Panzerproduktion bei Rheinmetall eingestellt – Belegschaft jubelt!« Oder: »Die Welt atmet auf: Wirtschaftswachstum bricht ein.« Das Öffentliche macht es möglich. Wir freuen uns schon auf folgenden Artikel:

Beschäftigungsstand auf niedrigstem Niveau seit 25 Jahren

Nürnberg (dpad). Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Beschäftigung auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren gesunken. Als Hauptursache nannte die Bundesagentur die Stagnation der Nachfrage. »Die Produktion hat im vergangenen Quartal nicht mehr zugelegt, da offensichtlich alle Bedürfnisse vorerst befriedigt sind«, teilte die Agentur gestern mit. Dazu kamen die erfolgreichen Bemühungen der Betriebe um Rationalisierung. Die Effektivierung der Fertigung habe zum deutlichen Zuwachs an Freizeit entscheidend beigetragen, hieß es aus Nürnberg. In Folge sei es auch gelungen, den Anteil der Erwerbstätigen auf den niedrigsten Stand seit Erhebung der Statistik zu drücken und die Zahl der Langzeitarbeitsbefreiten deutlich zu steigern. Nach Prognosen der Bundesagentur könnte dieser Trend anhalten, wenn es gelänge, mehr Bereiche der Produktion in öffentliches Management zu überführen. Unterdessen kündigte Siemens eine Verdopplung der Betriebsferien an.«

Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater, Professor i.R. für Politikwissenschaften, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Letzte Buchveröffentlichung: Marx neu entdecken, Hamburg 2012.

Ulrich Brand, Prof. für Internationale Politik an der Universität Wien. Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages und des Wissenschaftlichen Beirates von Attac. Letzte Buchveröffentlichung: ABC der Alternativen 2.0 (als Mitherausgeber), Hamburg 2012.

Michael Brie, Prof. Dr., Philosoph, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Buchveröffentlichung: Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg 2011 (als Mitherausgeber).

Thorsten Bultmann, arbeitete lange in der Studierendenbewegung, Politischer Geschäftsführer des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Mario Candeias, Dr., Politikwissenschaftler, Co-Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Redakteur der Zeitschrift LuXemburg. Letzte Buchveröffentlichung: Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion (als Mitherausgeber), Hamburg 2011.

Alex Demirović, Prof. Dr., lehrt politische Theorie an der TU Berlin; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac sowie der Zeitschriftenredaktionen Prokla und LuXemburg. Letzte Buchveröffentlichung: Vielfachkrise (als Mitherausgeber), Hamburg 2011.

Frank Deppe, Prof. em. für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus. Buchveröffentlichung: Politisches Denken im 20. Jahrhundert (4 Bände in 5 Büchern), Hamburg 1999-2010.

Richard Detje, Verlagsmitarbeiter, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Geschäftsführer der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik WISSENTTransfer e.V. Buchveröffentlichung: Krise ohne Konflikt? (mit Wolfgang Menz, Sarah Nies und Dieter Sauer), Hamburg 2011.

Barbara L. Epstein, Professorin am Fachbereich Humanwissenschaften der University of Santa Cruz (USA). Letzte Buchveröffentlichung:

- The Minsk Ghetto 1941-1943: Jewish Resistance and Soviet Internationalism, Princeton 2008.
- Rainer Fischbach*, Informatikberater, forschte als Mitglied der Studien-
gruppe Peace Research and European Security zur militärischen
Technologiefolgenabschätzung. Buchveröffentlichung: Mythos Netz:
Kommunikation jenseits von Raum und Zeit? Zürich 2005.
- Georg Füllberth*, von 1972 bis 2004 Professor für Politikwissenschaft in
Marburg. Mitglied der DKP. Buchveröffentlichung: »Das Kapital«
kompakt, Köln 2011.
- Wolfgang Fritz Haug*, Professor i.R. für Philosophie, Herausgeber der
Zeitschrift Das Argument, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für
kritische Theorie (InkriT), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
von Attac, Letzte Buchveröffentlichung: Hightech-Kapitalismus in
der Großen Krise, Hamburg 2012.
- Christina Kaindl*, Dipl.-Psych., leitende Redakteurin der Zeitschrift
LuXemburg. Doktorandin am Fachbereich Politikwissenschaften
der Freien Universität Berlin. Letzte Buchveröffentlichung: Das
Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation (als Mitherausgeberin),
Münster 2010.
- Dieter Klein*, Prof. Dr., Ökonom und Sozialwissenschaftler, Fellow
am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Buchveröffentlichung: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es
so weitergeht, Berlin 2008.
- Hans-Jürgen Krysmanski*, Prof. em. für Soziologie an der Universität
Münster, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Wissen-
schaftlichen Beirats von Attac. Letzte Buchveröffentlichung: Hir-
ten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen
(4. Aufl.), Münster 2012.
- Manfred Lauermann*, Dr., Soziologe, zuletzt tätig als DAAD-Professor
in Brasilien, Mitglied verschiedenener Spinoza-Gesellschaften sowie
der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft. Letzte Buchveröffentlichung:
Chinas Zukünfte (im Erscheinen), Berlin 2012.
- Ingrid Lohmann*, Prof. für Ideen- und Sozialgeschichte der Erziehung/
Historische Bildungsforschung an der Universität Hamburg. Mitglied
des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Letzte Buchveröffentli-
chung: Schöne neue Bildung? (als Mitherausgeberin), Bielefeld 2011.
- Sabine Nuss*, Dr., Politologin, Leiterin des Bereichs Politische Kommu-
nikation bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichung:

- PolyluxMarx. Bildungsmaterial zur Kapital-Lektüre (mit V. Bruschi, A. Muzzupappa, A. Steckner und I. Stütze), Berlin 2012.
- Lothar Peter*, Prof. em. für Soziologie an der Universität Bremen; Vertrauensdozent der Rosa Luxemburg Stiftung. Letzte Veröffentlichung: Soziologie in den deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen (mit Hans Manfred Bock), in: Lendemains, 141/2011.
- David Salomon*, Dr., Vertretung einer Professur für Politische Bildung an der Universität Siegen. Letzte Buchveröffentlichung: Imperialismus (mit Frank Deppe und Ingar Solty), Köln 2011.
- Horst Schmitthenner*, ehem. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Vorsitzender der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik WISSENTransfer e.V. Buchveröffentlichung: Notstand der Demokratie (als Mitherausgeber), Hamburg 2008.
- William K. Tabb* lehrte Ökonomische Wissenschaften am Queens College und später außerdem Politische Wissenschaften und Soziologie am Graduate Center der City University of New York, USA.
- Hans-Jürgen Urban*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Letzte Buchveröffentlichung: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte (mit Joachim Bischoff, Frank Deppe und Richard Detje), Hamburg 2011.
- Heinz Vietze*, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2006, PDS-/LINKEN-Landtagsabgeordneter in Brandenburg 1990 bis 2009, u.a. als parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender.
- Florian Weis*, Historiker mit einem Arbeitsschwerpunkt zur britischen Labour Party, seit 1999 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig, derzeit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied.
- Richard D. Wolff*, Prof. em. für Wirtschaftswissenschaften an der University of Massachusetts und Gastprofessor an der New School University in New York. Letzte Buchveröffentlichung: Capitalism Hits the Fan, Olive Branch Press 2009.